Thomas Ammer

Die Machthierarchie der SED

1. Theoretische Grundlagen
1.1. Die DDR als „Form der Diktatur des Proletariats“
1.2. Selbstverständnis und Führungsrolle der Partei
1.3. Der „demokratische Zentralismus“
1.4. Parteidisziplin, Fraktionsverbot
2. Die Hierarchie in der Partei
2.1. Übersicht über den Organisationsaufbau
2.2. Die Grundorganisationen
2.3. Die Kreisparteiorganisationen
2.4. Die Bezirksparteiorganisationen
2.5. Die Parteiführung
2.5.1. Das Zentralkomitee (ZK)
2.5.2. Politbüro und ZK-Sekretariat
2.5.3. Der Generalsekretär
2.5.4. Der Parteiapparat auf der Ebene des ZK
2.6. Die Kontrollorgane der Partei
2.6.1. Die Parteikontrollkommissionen
2.6.2. Die Revisionskommissionen
2.6.3. Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
3. Zur Rolle und Situation der Funktionäre
4. Neuere Literatur und Forschungen
Literaturverzeichnis
Zusammenfassung

1. *Theoretische Grundlagen*

Eine der wichtigsten Grundlagen der Machtausübung und Machterhaltung der SED-Führung war die Existenz einer zuverlässigen und zahlenmäßig starken Funktionärsschicht, die die Politik der Parteiführung ausführte, sie gegenüber den Bürgern durch Verwaltungshandeln und nicht zuletzt propagandistisch vertrat und erforderlichenfalls mit Zwangsmitteln durchsetzte. Die Funktionärsschicht konnte ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn ihre Angehörigen in eine allgemein anerkannte Rangordnung eingegliedert waren.

Diese Machthierarchie, verstanden einerseits als Rangordnung innerhalb des

Funktionärscorps und andererseits als Beziehungssystem zwischen Partei, Staat und gesellschaftlichen Organisationen, ist von der SED-Führung mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht schon in den Jahren vor der Gründung der DDR errichtet worden und funktionierte bis zum Ende der achtziger Jahre, von gelegentlichen Störungen abgesehen, zufriedenstellend. Sie versagte erst, als die Spitze dieser Machtkonstruktion, das Politbüro, das ZK-Sekretariat und der Generalsekretär des ZK, ihre Aufgaben als zentrales Führungsorgan, als Befehlsgeber und Ausgangspunkt politischer Leitlinien nicht mehr zu erfüllen vermochte, also auch nicht mehr imstande war, den Erwartungen der Funktionäre hinsichtlich der Stabilität der Machthierarchie und des SED-Regimes insgesamt, damit auch der Erhaltung ihrer individuellen politischen und sozialen Positionen, zu entsprechen.

Der Legitimation der Machthierarchie der SED diente eine Reihe von ideologischen Leitsätzen, die durch Aufnahme in Programm und Statut der SED, in die Verfassung sowie in eine Vielzahl rechtlicher und administrativer Regelungen für jeden Bürger politisch und rechtlich bindend wurden. Im folgenden sollen einige dieser Leitsätze dargestellt werden. Dabei wird auf die in der DDR bis zum Sturz des SED-Regimes geltenden Regelungen und Interpretationen Bezug genommen, die Entwicklung und Veränderung dieser Leitsätze in früheren Phasen der DDR-Geschichte aber nicht berücksichtigt. Bei den hier zu beschreibenden Leitsätzen handelt es sich um:

- die DDR als „Form der Diktatur des Proletariats“,
- den Leitsatz von der führenden Rolle der Partei,
- das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“,
- das Gebot der Parteidisziplin und das Fraktionsverbot.

Die wichtigsten Grundlagen dieser Leitsätze waren in der DDR stets das Programm und das Statut der SED. Beide Dokumente rangierten hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung noch über der Verfassung. Zuletzt waren bis zum Untergang des SED-Regimes maßgeblich das Programm und das Statut der SED, wie sie vom IX. Parteitag der SED (18.–22.5.1976) beschlossen wurden.[1]

1.1. *Die DDR als „Form der Diktatur des Proletariats“*

Das Parteiprogramm beschrieb den „sozialistischen Staat“ als „Form der Diktatur des Proletariats“, der aber zugleich auch die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertrete. Der „sozialistische Staat“ galt als „Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen“ (das heißt der Partei) bei der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege

1 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XVI, Berlin (Ost) 1980, S. 30 ff., 82 ff.

zum Kommunismus."[2] Die „Diktatur des Proletariats" sollte nach offizieller Interpretation der SED-Führung in der Zeit „von der Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse bis zur Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" herrschen.[3] An und für sich war sie als Herrschaftsform in der Übergangsperiode vom „Kapitalismus" zum Sozialismus gedacht, „um den Widerstand der Ausbeuterklassen zu unterdrücken, die Ausbeutung zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen und zu sichern."[4] Unter dem Regime der SED und anderer herrschender marxistisch-leninistischer Parteien wurde diese Herrschaftsform dann auf die gesamte Periode des Sozialismus ausgedehnt, und man versuchte, den Staat sowohl als „Diktatur des Proletariats" als auch als „Staat des ganzen Volkes" zu definieren.[5]

In offizieller Lesart waren die Funktionen der „Diktatur des Proletariats" und des „sozialistischen Staates" weitgehend identisch. Für die „Diktatur des Proletariats" waren dies insbesondere die Niederhaltung des „Widerstandes der Ausbeuterklassen" und die Verteidigung „gegen die Angriffe des Imperialismus", die Leitung und Organisation der Umgestaltung der Gesellschaft sowie die Erziehung der Bürger[6], für den „sozialistischen Staat" die Unterdrückungs- und Schutzfunktion, die wirtschaftlich-organisatorische und die kulturell-erzieherische Funktion.[7]

Die Diktatur des Proletariats war über Jahrzehnte einer der wichtigsten Streitpunkte zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien und ihren Kritikern revisionistischer, reformkommunistischer und sozialdemokratischer Herkunft. Aus der Sicht der SED konnte niemand als Marxist gelten, der die „Diktatur des Proletariats" ablehnte.[8] Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Verlängerung der Phase der „Diktatur des Proletariats" über die Übergangsperiode vom „Kapitalismus" zum Sozialismus hinaus, gegen die Anwendung der Herrschaftsmethoden der „Diktatur des Proletariats" in Ländern mit demokratischer Tradition und gegen die Etablierung der Alleinherrschaft der marxistisch-leninistischen Parteien mit den Mitteln der „Diktatur des Proletariats" auf unbegrenzte Zeit. Da die SED bis gegen Ende des Jahres 1989 niemals an Machtverzicht oder Machtteilung dachte, mußte sie folgerichtig die Definition ihres Regimes als „Diktatur des Proletariats" auf Dauer aufrechterhalten und im übrigen das von Marx verheißene Verschwinden des Staates von unerfüllbaren Voraussetzungen abhängig machen wie Verschwinden des „Imperalismus",

2 Programm, Abschn. II C
3 Kleines Politisches Wörterbuch, 7. Aufl., Berlin (Ost) 1988 (im folgenden abgekürzt „KPW"), S. 204
4 G. Großer/H. Anders/H. Kölsch (Hrsg.): Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, 9. Aufl., Berlin (Ost) 1985 (im folgenden abgekürzt „WK"), S. 252 f.
5 KPW, S. 870
6 WK, S. 252 f.
7 KPW, S. 205
8 ebd.

gesellschaftlicher Überfluß, Verschwinden der Klassenunterschiede sowie „der Überreste bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologien."[9]

1.2. *Selbstverständnis und Führungsrolle der Partei*

Über das Selbstverständnis der SED findet sich in ihrem Programm und Statut eine Reihe von Leitsätzen, die allesamt auf die Legitimierung ihrer alleinigen und uneingeschränkten Herrschaft hinauslaufen. Nach diesen Leitsätzen verstand sich die SED als

- „der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der Deutschen Demokratischen Republik"[10],
- „die höchste Form der gesellschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterklasse"[11],
- „die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen."[12]

Die SED legitimierte ihre Existenz und ihren Führungsanspruch mit dem Leitsatz von der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Gesellschaft und der Definition der marxistisch-leninistischen Partei als „höchste(r) Form der Klassenorganisation der Arbeiterklasse."[13] Nach der marxistisch-leninistischen Theorie galt die Arbeiterklasse als „revolutionärste Klasse in der Geschichte der Menschheit, (als) soziale Hauptkraft in der gegenwärtigen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus."[14] In ihrem Programm begründete die SED die herausgehobene Position der Arbeiterklasse außerdem mit ihrer Größe, ihrer Funktion als „Träger der politischen Macht"[15] sowie ihrer „historischen Mission", die sie auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus („die einzige wissenschaftliche Weltanschauung"[16]) zu erfüllen habe: „Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung" sowie Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.[17] Voraussetzung für die Erfüllung dieser historischen Mission sollte allerdings sein, daß sie „sich ihrer Lage, ihrer Rolle und Aufgabe bewußt" wurde, und dies wiederum war nach parteiamtlicher Interpretation nur mit Hilfe der Partei zu erreichen: „Zur Verwirklichung ihrer historischen Mission benötigt die Arbeiterklasse objektiv ihre marxistisch-leninistische Partei, die die wissenschaftliche Weltanschauung,

9 KPW, S. 929
10 Programm, Einleitung; Statut, Präambel
11 Statut, Präambel
12 ebd.
13 KPW, S. 605
14 KPW, S. 62
15 Programm, Abschn. II B
16 ebd.
17 KPW, S. 62

den Marxismus-Leninismus, mit der Arbeiterbewegung verbindet...und den zielgerichteten, auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Politik beruhenden Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau der neuen Gesellschaft organisiert und führt."[18]

Die SED definierte sich in ihrem Programm als Eliteorganisation, als Kaderpartei („der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse"[19]) und zugleich als Massenpartei („marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes"[20]). Das Begriffspaar „Kaderpartei" und „Massenpartei" traf für die SED in ihrer gesamten Geschichte und auch für ihre Vorgängerin, die KPD, schon bald nach deren Gründung gleichermaßen zu, während die KPdSU bzw. ihre Vorgängerin, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) bis nach der Oktoberrevolution 1917 eine reine Kaderpartei war.

Die SED war sowohl Kaderpartei als auch Massenpartei, weil die Parteiführung unter den 2,3 Millionen Mitgliedern eine Differenzierung vornahm, weil sie die Partei streng hierarchisch strukturierte und weil innerhalb der Massenpartei eine Kaderpartei gleichsam als Kerntruppe enthalten war. Die Differenzierung in der Mitgliedschaft spielte vor allem in der Parteipraxis eine Rolle, war aber auch im Statut erkennbar, z. B. in der Unterscheidung zwischen „Kandidaten", das heißt Neuaufgenommenen mit eingeschränkten Rechten, und Vollmitgliedern, in den Hinweisen auf das „Parteiaktiv"[21], den besonders zuverlässigen und einsatzbereiten Kern von Partei- und Staatsfunktionären, und auf die Parteisekretäre als leitende Funktionäre der Parteiorganisationen der verschiedenen Ebenen.[22] Die Differenzierung zwischen Mitgliedern und Funktionären war auch in der im Statut festgelegten hierarchischen Organisationsstruktur und in der Zuweisung von Aufgaben unterschiedlichen politischen Gewichts an die Funktionsträger der verschiedenen Leitungsebenen erkennbar. Da die Entscheidungsprozesse und die Auswahl der Funktionsträger nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus" abliefen, das den jeweils höchsten Parteiorganen die umfassendsten Machtbefugnisse zuteilte, dominierten bei der SED ungeachtet ihrer großen Mitgliederzahl stets die Eigenschaften einer Kaderpartei.

Der Anspruch auf die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Gesellschaft gehörte zu den wichtigsten politischen Leitsätzen in allen Staaten des sowjetischen Gesellschaftsmodells, also auch in der DDR. „Die Führung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und

18 KPW, S. 62 f.
19 Programm, Einleitung
20 Programm, Abschn. IV
21 Statut, Ziff. 28
22 Statut, Ziff. 52

ihre marxistisch-leninistische Partei ist die wichtigste allgemeingültige Gesetzmäßigkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft."[23]

Nach Programm und Statut der SED galt die führende Rolle der Partei für alle Bereiche in Staat und Gesellschaft. Die Partei wurde in dieser Hinsicht definiert als „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen."[24] Um diese Führungsrolle noch besonders herauszustellen, sie als ewig und jeder Kritik entzogen festzuschreiben, behauptete man im SED-Programm, daß sich die „Rolle der politischen Führung der Gesellschaft durch die marxistisch-leninistische Partei" im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung verstärke.[25]

Auch außerhalb der Parteidokumente war der Führungsanspruch der SED in zahllosen Rechtsnormen und sonstigen Regelungen verankert, so in der DDR-Verfassung von 1968/74 (Art. 1, Abs. 1, Satz 2: Der Sozialismus in der DDR wird von den Werktätigen „gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" verwirklicht.), in allen Statuten der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane (in denen die Parteibeschlüsse unter den Rechtsnormen, die für das jeweilige Staatsorgan maßgeblich waren, immer an erster Stelle rangierten) und in den Statuten und Satzungen der nichtkommunistischen Blockparteien.[26]

In der Theorie war der Führungsanspruch der SED – in der westlichen DDR-Forschung als „Suprematie" der Partei bezeichnet – allumfassend, wenngleich in parteiamtlicher Definition den gesellschaftlichen Organisationen im Rahmen der Allzuständigkeit der Partei eine gewisse Eigenverantwortung zugebilligt wurde.[27] Dahinter stand wohl die Absicht, die Partei von der Verantwortung für Bagatellangelegenheiten zu entlasten, was freilich in der politischen Praxis in der DDR infolge des ständigen Mißtrauens der leitenden SED-Organe gegenüber ihren Untergebenen dann doch oft nicht realisiert wurde.

Die SED bzw. ihre Führung sicherte ihren Führungsanspruch ab durch die Durchdringung aller Bereiche in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (außer den Kirchen) mit ihren Strukturen, die Einrichtung von Parallelverwaltungen in den Parteiapparaten zu den Ressorts, Abteilungen usw. in den staatlichen Institutionen sowie die Einbindung der wichtigsten Funktionäre im Staatsapparat, in der Wirtschaft und in den Massenorganisationen in die Leitungsstrukturen der SED und damit die Verstärkung der Bindung dieser Funktionäre an die Gebote der

23 WK, S. 287
24 Statut, Präambel
25 Programm, Abschnitt IV
26 Vgl. Georg Brunner: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der SED. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 1993, S. 38 ff.
27 WK, S. 346

Parteidisziplin. In den Volksvertretungen von der Gemeindevertretung bis zur Volkskammer war der SED-Führung der bestimmende Einfluß durch die Praxis garantiert, alle der SED angehörenden Abgeordneten in SED-Parteigruppen zusammenzufassen, die den Weisungen der zuständigen bzw. übergeordneten Parteileitungen unterworfen waren.[28] Diese SED-Parteigruppen umfaßten nicht nur die Abgeordneten der SED-Fraktionen, sondern auch den weitaus größten Teil der Abgeordneten der Massenorganisationen, die zwar für eine bestimmte Massenorganisation einer Volksvertretung angehörten, aber außerdem noch Mitglied der SED waren. So gehörten der SED-Parteigruppe in der Volkskammer von deren 500 Abgeordneten nach den „Wahlen“ von 1986 die 127 Mitglieder der SED-Fraktion und weitere 149 Angehörige der Fraktionen der Massenorganisationen, die ebenfalls SED-Mitglieder waren, an.[29] Die SED hatte sich mit dieser Praxis in der Volkskammer und auch in allen anderen Volksvertretungen nahezu unverhüllt die absolute Mehrheit gesichert.

Die Führung durch die Partei bzw. ihre Führungsgremien sollte die einheitliche Tätigkeit der Staatsmacht auf der Grundlage der Parteibeschlüsse und der staatlichen Rechtsnormen garantieren. Als Mittel zur Wahrnehmung der Führungsrolle der Partei galten insbesondere:

- „die Ausarbeitung der politischen Linie für die Tätigkeit der staatlichen Organe“ und die Kontrolle der Umsetzung dieser „Linie“,
- die „Arbeit der Parteimitglieder, die als Abgeordnete tätig sind, und deren Parteigruppen in den Volksvertretungen“,
- die politisch-ideologische Erziehung der im Staatsapparat tätigen Parteimitglieder und die Wirksamkeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat,
- die „ständige Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse“ (das heißt der Partei) auf die Tätigkeit der Staatsorgane.[30]

Begründet wurde der Führungsanspruch der Partei nicht zuletzt mit der Behauptung, daß sie allein über eine wissenschaftlich fundierte Strategie und Taktik verfüge. Sie kenne die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und sei daher in der Lage, auch die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu leiten.[31] Als Leitsatz galt: „Der Kern der wissenschaftlichen Leitung – das ist die politische Führung durch die marxistisch-leninistische Partei.“[32]

Der Anspruch der SED bzw. der Parteispitze auf die führende Rolle in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft ist in der Geschichte der DDR immer wieder von innerparteilichen Opponenten und von Regimekritikern außerhalb

28 Statut, Ziff. 69, 70
29 Zusammengestellt nach: Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 7. Wahlperiode, Berlin (Ost) 1987.
30 WK, S. 346 f.
31 Gero Neugebauer: Partei- und Staatsapparat in der DDR, Opladen 1978, S. 22 ff.; KPW, S. 588
32 WK, S. 291

der SED angegriffen worden (u. a. von Wolfgang Harich, Robert Havemann, Rudolf Bahro).

1.3. *Der „demokratische Zentralismus"*

Das Struktur- und Leitungsprinzip des „demokratischen Zentralismus" bestimmte den organisatorischen Aufbau der Partei, ihre Tätigkeit und ihre Arbeitsmethoden.[33] Das SED-Programm erklärte dieses Prinzip auch zur Grundlage für den Aufbau und die Arbeit aller Staatsorgane[34], es war zusätzlich in Art. 47 Abs. 2 der DDR-Verfassung als „das tragende Prinzip des Staatsaufbaus" verankert. Auch die nichtkommunistischen Blockparteien anerkannten für sich den „demokratischen Zentralismus" als oberstes Struktur- und Leitungsprinzip in ihren Statuten und Satzungen.

Das Parteistatut nannte als Charakteristika des „demokratischen Zentralismus" in der Partei die Wählbarkeit aller Parteiorgane von unten nach oben, die Berichtspflicht der Parteileitungen vor den Organisationen, die sie gewählt haben, die Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Parteiorgane für die nachgeordneten sowie „straffe Parteidisziplin" und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.[35] In den offiziellen Definitionen des „demokratischen Zentralismus" konnten die Worte „Partei" und „Parteimitglieder" immer dann, wenn dieses Prinzip auf Bereiche außerhalb der Partei angewendet werden sollte (und dies war, abgesehen von den Kirchen, nahezu überall der Fall), durch die Bezeichnungen für ein Staatsorgan, eine gesellschaftliche Organisation bzw. die Mitarbeiter oder die Mitglieder ersetzt werden.

Beim „demokratischen Zentralismus", wie er von der SED und anderen marxistisch-leninistischen Parteien angewandt wurde, dominierte das Element des Zentralismus bei weitem. Insbesondere war die Wahl der Leitungen in der Partei rein formal (und dies galt auch für alle anderen Organisationen mit gewählten Leitungsgremien), weil die für Funktionen in Frage kommenden Kandidaten in Abstimmung mit der übergeordneten Leitung vorgeschlagen wurden und nach der Wahl von der übergeordneten Leitung zusätzlich bestätigt werden mußten. Für Leitungsfunktionen, sofern es sich nicht um völlig bedeutungslose Posten handelte, kamen also nur nach sorgfältiger Prüfung für zuverlässig (im Sinne bedingungsloser Unterordnung unter die Autorität der Parteiführung) befundene Kandidaten in Frage, ein Auswahlverfahren, das über das Nomenklatur-System praktiziert wurde. Insbesondere die Parteisekretäre der Kreis- und Bezirksparteiorganisationen bedurften der Bestätigung durch die übergeordnete Leitung „entsprechend der Nomenklatur."[36] Bei

33 Programm, Abschn. IV
34 Programm, Abschn. II C
35 Statut, Ziff. 23
36 Statut, Ziff. 52

Parteiwahlen hätte eine eventuelle Gegenkandidatur gegen die von der alten Leitung vorgeschlagene Kandidatenliste gegen das Fraktionsverbot verstoßen und damit Disziplinarmaßnahmen zur Folge gehabt.

Da der „demokratische Zentralismus“ die unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren und die Mitglieder bedeutete, reduzierte sich die Rechenschaftspflicht der Leitungen vor den Organisationen, die sie gewählt hatten, im wesentlichen auf die Berichterstattung über die Ausführung der Beschlüsse der übergeordneten Leitungen und der Parteispitze, die Ausrichtung der „Parteibasis“ an den Richtlinien der übergeordneten Leitungen und der Parteiführung sowie auf die Kritik „von oben nach unten“. Zwar wurde in offiziellen Erklärungen immer wieder die aktive Mitarbeit der Parteimitglieder (bzw. analog der Mitarbeiter der Staatsorgane, der Mitglieder der gesellschaftlichen Organisationen usw.) angemahnt, aber stets nur in Richtung einer vorbildlichen Ausführung der Direktiven von oben.

Dominierend bei der Umsetzung des „demokratischen Zentralismus“ war besonders in der Partei das Element des Zentralismus durch Unterordnung der unteren Organe unter die höheren, die Forderung der Parteidisziplin und das Fraktionsverbot, die nach den Weisungen der Parteiführung gehandhabte Kaderpolitik, die Parteikontrolle und die Berichtspflicht von unten nach oben (Parteiinformation).

Der Spielraum, der unteren Parteiorganisationen und -leitungen bei der Ausführung der Beschlüsse der Parteiführung und höherer Leitungen im Sinne einer „schöpferischen“ Auslegung eingeräumt wurde, war unterschiedlich und ist auch heute nur schwer konkret zu erfassen. Immerhin enthielt das Statut z. B. den Hinweis auf einen Spielraum bei der Entscheidung über örtliche Angelegenheiten. Dort hieß es, daß die Parteiorganisationen für die Ausführung der Beschlüsse der übergeordneten Organe in ihrem Bereich verantwortlich sind, „auf dieser Grundlage die entsprechenden Maßnahmen“ treffen und „in eigener Verantwortung die örtlichen Fragen im Rahmen der Parteibeschlüsse“ entscheiden.[37] In der theoretisch auch an der Parteispitze vorhandenen Erkenntnis, daß der „demokratische Zentralismus“ in konsequenter Anwendung zur Überzentralisierung und damit letztlich zur Handlungsunfähigkeit des Partei- und Staatsapparates führen konnte, forderte das SED-Programm, „die zentrale Leitung und Planung der gesellschaftlichen Prozesse immer mehr auf die sachkundige Entscheidung in den Grundfragen zu konzentrieren“ und die „Eigenverantwortung“ der örtlichen Staatsorgane, der Betriebe usw. „bei der Verwirklichung der staatlichen Aufgaben“ zu fördern.[38] In den Partei- und Staatsorganen in der DDR gab es stets ein Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis der höheren und zentralen Organe, alle Entscheidungen an sich zu

37 Statut, Ziff. 26
38 Programm, Abschn. II C

ziehen, und dem Interesse der Parteiführung, möglichst alle unteren Funktionäre und die Bürger zur vollständigen, aber mit Eigeninitiativen angereicherter Durchführung der Führungsentscheidungen zu veranlassen. Letzteres jedoch war ohne Zubilligung einer, wenn auch begrenzten, Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit auf den unteren Ebenen nicht zu realisieren.

Die Frage, welchen Spielraum nachgeordnete Funktionäre in ihrem Zuständigkeitsbereich abweichend von den Vorgaben der SED-Spitze hatten, spielt für die Klärung der Verantwortlichkeit einzelner SED-Funktionäre für bestimmte Maßnahmen eine erhebliche Rolle. Eine präzise Beschreibung von Spielräumen im Einzelfall ist in der Regel schwierig, jedoch wird die Existenz solcher Spielräume von vielen nach dem Untergang des SED-Regimes befragten ehemaligen SED-Funktionären eingeräumt.[39] Auch den parteiamtlichen Verlautbarungen der SED vor dem Herbst 1989 lassen sich Hinweise auf die Nutzung solcher Spielräume durch regionale Funktionäre entnehmen. In Materialien von Plenartagungen des ZK finden sich immer wieder Klagen der Parteispitze über Eigenmächtigkeiten von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären in Bezirken und Kreisen, etwa im Zusammenhang mit Planauflagen, Baumaßnahmen, der Versorgung der Bevölkerung usw. Ein bekanntes Beispiel kurz vor dem Ende des SED-Regimes war 1988/89 der Konflikt zwischen der SED-Führung und der Bezirksparteiorganisation Dresden unter Leitung ihres damaligen Parteichefs Hans Modrow, die die Parteizentrale durch die Entsendung einer großen Gruppe von Instrukteuren aus Berlin zu disziplinieren versuchte.[40] Auch der Bundestagsabgeordnete der PDS Dietmar Keller, von 1977 bis 1984 Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur, hat vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages am 22.1.1993 „das Feld der Entscheidungsfreiheit“ auf regionaler Ebene als „ziemlich hoch“, in Abhängigkeit von eigener Zivilcourage und Gestaltungswillen, beschrieben.[41]

Die Angst der Führung vor jeder unkontrollierten Eigeninitiative hat vor allem in den letzten Jahren der DDR-Geschichte doch zu der Überzentralisierung und Unbeweglichkeit des Partei- und Staatsapparates, die die Verfasser des Parteiprogramms wenigstens ansatzweise als Gefahr gesehen haben, geführt und damit wesentlich zum Untergang des SED-Regimes beigetragen.

39 25. und 26. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zum Thema „Die Machthierarchie der SED“ am 26. und 27.1.1993, Teil 1, Protokoll Nr. 25, S. 87 ff., Teil 2, Protokoll Nr. 26, Bonn 1993, S. 26 ff.

40 Vgl. Bericht des Politbüros an die 8. Plenartagung des ZK der SED am 22./23.6.1989; in: Neues Deutschland, 23.6.1989

41 Dietmar Keller: Die Machthierarchie der SED; in: Neues Deutschland, 1.3.1993

1.4. *Parteidisziplin, Fraktionsverbot*

Das Gebot der Parteidisziplin und das Fraktionsverbot gehörten zu den wichtigsten Instrumenten der SED-Führung zur Sicherung ihrer Machtposition und zur Aufrechterhaltung der Machthierarchie in der Partei. Die Einhaltung der Parteidisziplin galt als eine wesentliche Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Partei. Von jedem Mitglied wurde verlangt, daß es „sich den Beschlüssen der Partei unterordnet, sie durchführt."[42] Es hatte „die Einheit und Reinheit der Partei als die wichtigste Voraussetzung ihrer Kraft und Stärke stets zu wahren und sie in jeder Weise zu schützen"[43], in den Organen des Staates und in der Wirtschaft sowie in den Massenorganisationen „entsprechend den Beschlüssen der Partei" zu arbeiten, „die Partei- und Staatsdisziplin zu wahren, die für alle Mitglieder der Partei in gleichem Maße bindend ist."[44] Die Parteidisziplin im Sinne „grenzenloser Ergebenheit der Kommunisten ihrer Partei gegenüber" wurde zu den „prinzipiellen Gemeinsamkeiten" in der SED gerechnet.[45] Erwartet wurde eine „bewußte Disziplin", die sich durch Diskussion, Kritik und Selbstkritik entwickeln sollte. „Doch nach der Diskussion und der Beschlußfassung gilt nur noch die Einheit des Handelns, das jede Passivität ausschließt."[46] Folgerichtig hatte das Parteimitglied zwar das Recht, in seiner Parteiorganisation an der Erörterung aller Fragen der Partei teilzunehmen, Vorschläge zu unterbreiten und seine Meinung zu äußern, aber nur, „bis die Organisation ihren Beschluß gefaßt hat."[47]

Das Gebot der Parteidisziplin war ein wirksames Instrument in den Händen der Parteispitze, die Mitglieder zur Ausführung ihrer bzw. der Weisungen der höheren Parteileitungen anzuhalten. Es diente nicht zuletzt dazu, sie zur propagandistischen Einwirkung auf die nicht der SED angehörenden Bürger zu veranlassen. Beim Umgang der Parteileitungen mit den einfachen Mitgliedern und unteren Funktionären war das wichtigste Mittel zur Durchsetzung der Parteidisziplin der Parteiauftrag, der dem Mitglied als Beschluß der Mitgliederversammlung seiner Grundorganisation erteilt wurde und über den er vor der Grundorganisation Rechenschaft abzulegen hatte.

Im Sinne der Parteidisziplin konnte vom Mitglied verlangt werden, sich der Entscheidung einer Parteileitung über seine berufliche Tätigkeit zu unterwerfen. Dies galt insbesondere für hauptamtliche Parteifunktionäre und für Staatsfunktionäre, mehr oder weniger aber auch für alle anderen Kader, die der SED angehörten und in einer Kadernomenklatur erfaßt waren. Vor

42 Statut, Ziff. 1
43 Statut, Ziff. 2 a
44 Statut, Ziff. 2 g
45 Heinz Richter/Werner Wend: Das Parteistatut im Leben der Grundorganisationen (Reihe „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1977, S. 33
46 ebd., S. 74
47 Statut, Ziff. 3 a

allem für Parteifunktionäre bedeutete das Gebot der Parteidisziplin schließlich, ihr Privatleben entsprechend den offiziellen Moralvorstellungen der Partei einzurichten, das heißt, „die Normen der sozialistischen Moral und Ethik einzuhalten“[48] und „im persönlichen Leben Vorbild zu sein.“[49] Diese Bindung an den Moralkodex der Partei (dargelegt in Abschn. II E des Programms unter dem Titel „Die sozialistische Lebensweise“) konnte, da die moralischen Anforderungen letztlich unbestimmt und in konsequenter Auslegung kaum erfüllbar waren, ein je nach Bedarf willkürlich eingesetztes Instrument zur politischen Disziplinierung von Parteimitgliedern sein.

In direktem Zusammenhang mit dem Gebot der Parteidisziplin stand das Fraktionsverbot (Verbot der „Fraktionsmacherei“): „Jede Erscheinung von Fraktionsmacherei und Gruppenbildung widerspricht dem Wesen unserer marxistisch-leninistischen Partei und ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei.“[50] Das Motiv für das Fraktionsverbot – die Ausschaltung jeder Möglichkeit zum Aufbau einer innerparteilichen Opposition gegen die amtierende Führung – kam besonders deutlich in Ziff. 32 des SED-Statuts zum Ausdruck. Danach hatten jede Parteiorganisation, jedes Mitglied und jeder Kandidat „die Partei gegen parteifeindliche Einflüsse und Elemente sowie Fraktionsmacherei“ zu schützen und für die „Einheit und Reinheit der Partei auf dem Boden des Marxismus-Leninismus einzutreten.“ „Die Parteimitglieder haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß die innerparteiliche Demokratie nicht von den Feinden der Arbeiterklasse dazu ausgenutzt werden kann, die Parteilinie zu entstellen, den Willen einer unbedeutenden Minderheit der Mehrheit der Partei aufzuzwingen oder durch die Bildung von fraktionellen Gruppierungen die Einheit der Partei zu zerstören und Spaltungsversuche zu unternehmen.“[51] Selbstverständlich wurde hier unter „Mehrheit“ immer die Parteiführung als Repräsentantin der Gesamtpartei verstanden, und Opposition gegen diese Parteiführung galt immer als „unbedeutende Minderheit“.

Die Verletzung der „Partei- und Staatsdisziplin“ war mit Parteistrafen (Rüge, strenge Rüge, Ausschluß) bedroht[52], die „Fraktionsmacherei“ hatte laut Präambel des Statuts in jedem Fall den Parteiausschluß zur Folge. Parteidisziplin und Fraktionsverbot waren nicht zuletzt Instrumente der Parteiführung zur Verhinderung und Bekämpfung einer innerparteilichen Opposition, die nicht von vornherein als parteifeindlich abgestempelt werden konnte. Der Vorwurf der „Fraktionsmacherei“ ist vor allem in den Machtkämpfen in der Parteiführung in den fünfziger Jahren von Ulbricht zur Ausschaltung seiner Gegner benutzt worden (insbesondere Zaisser/Herrnstadt 1953; Schirdewan/

48 Statut, Ziff. 2 d
49 Statut, Ziff. 2 c
50 Statut, Präambel
51 Statut, Ziff. 32; vgl. KPW, S. 606
52 Statut, Ziff. 8

Wollweber 1958). Derselbe Vorwurf mit schwer zu übersehenden Folgen war durchaus eine reale Bedrohung für die Gegner Honeckers im SED-Politbüro im Herbst 1989, die schließlich seinen Rücktritt vom Amt des Generalsekretärs erzwangen.

2. *Die Hierarchie in der Partei*

Die Machthierarchie unter den Parteifunktionären hing weitgehend, jedoch nicht ausschließlich, von ihrer Einordnung in die hierarchisch aufgebaute Struktur der Partei ab.

2.1. *Übersicht über den Organisationsaufbau*

Die SED war entsprechend einem kombinierten Produktions- und Territorialprinzip in drei große Organisationsebenen gegliedert, innerhalb deren es weitere Unterteilungen oder Zusammenfassungen gab:

59.103 Grundorganisationen in Betrieben, Behörden, Genossenschaften, anderen Einrichtungen und Wohngebieten (1988)[53];

265 Kreisparteiorganisationen, davon 242 territoriale in Land- und Stadtkreisen sowie Stadtbezirken, sowie 23 funktionale in Großbetrieben, zentralen Staatsorganen sowie großen Universitäten und Hochschulen (1986)[54];

17 Bezirksparteiorganisationen, davon 15 territoriale, außerdem die Parteiorganisation von NVA und Grenztruppen sowie die „Gebietsorganisation Wismut" (Uranbergbau).

Die 4.673 größeren Grundorganisationen waren 1988 in 29.493 Abteilungsparteiorganisationen (APO) und in 96.694 Parteigruppen unterteilt.[55] Die Grundorganisationen von über 50 Großbetrieben, Behörden und Hochschulen wurden jeweils von einer Zentralen Parteileitung (ZPL) geführt, die eine Zwischenstufe zwischen der Parteileitung der Grundorganisation und der Kreisleitung darstellte. 13.722 Grundorganisationen gab es 1985 in Wohngebieten, hier bezeichnet als Wohnparteiorganisation (WPO).[56] In kleineren Orten konnten mehrere Grundorganisationen bzw. WPO einer gemeinsamen Ortsleitung unterstellt werden.

53 Bericht des Sekretariats des ZK der SED über die Mitgliederbewegung der SED im Jahre 1988; in: Neues Deutschland, 11.1.1989

54 KPW, S. 736; Lutz Prieß: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 1993, S. 36 ff.

55 Bericht des Sekretariats des ZK... (Anmerkung 53)

56 Parteiwahlen in den Grundorganisationen der SED 1985; in: Neues Deutschland, 18.12.1985

2.2. *Die Grundorganisationen*

Die wichtigste untere Organisationseinheit der SED war die Grundorganisation. Vor allem durch ihre Tätigkeit wollte die Partei – so das Statut[57] – ihren politisch-ideologischen und organisatorischen Einfluß „zur Verwirklichung ihrer führenden Rolle in allen gesellschaftlichen Bereichen" sichern.

Eine Grundorganisation konnte gebildet werden, wenn in einem Betrieb, einer Behörde oder sonstigen Institution mindestens drei Parteimitglieder tätig waren (in Betrieben als Betriebsparteiorganisation – BPO – bezeichnet). Die Durchschnittsgröße einer Grundorganisation lag Mitte der achtziger Jahre bei ca. 26 bis 27 Mitgliedern. Obwohl es viele Grundorganisationen mit zuweilen mehreren tausend Mitgliedern gab, zählten die meisten von ihnen weniger als 100 Mitglieder.[58] Durch die Bildung neuer, in der Regel kleiner Grundorganisationen versuchte die SED, ihren Einfluß in allen gesellschaftlichen Bereichen geltend zu machen; daher nahm die Zahl der Grundorganisationen in den achtziger Jahren weit stärker zu, als nach der geringen Zunahme der Mitgliederzahl zu vermuten gewesen wäre.

Die Beherrschung des Staatsapparates und der gesellschaftlichen Organisationen durch die SED zeigt sich in der Tatsache, daß Grundorganisationen der Partei in allen Ministerien existierten (in großen Ministerien wie Ministerium des Inneren und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Kreisparteiorganisationen), außerdem in allen erdenklichen Behörden und Einrichtungen von der Handwerkskammer Berlin bis zur Akademie der Künste. Die im Parteiapparat und in SED-eigenen Betrieben tätigen Parteimitglieder waren in besonderen Grundorganisationen zusammengefaßt, z. B. einer Grundorganisation im ZK der SED (zentraler Parteiapparat), in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, in der Redaktion des „Neuen Deutschland", in der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin usw.

Größere Grundorganisationen (in der Regel mit mehr als 150 Mitgliedern) konnten in Abteilungsparteiorganisationen (APO) mit dem Status einer Grundorganisation untergliedert sein (Ende 1988: 4.673 Grundorganisationen mit 29.493 Abteilungsparteiorganisationen). In den Abteilungsparteiorganisationen sowie in Grundorganisationen mit weniger als 150 Mitgliedern konnten als kleinste Organisationseinheit Parteigruppen gebildet werden (Ende 1988: 96.694). Neben diesen ständigen Parteigruppen innerhalb von Grundorganisationen gab es in nur vorübergehend existierenden Arbeitskollektiven (insbesondere in der Landwirtschaft) und vor allem auf Konferenzen und ähnlichen Veranstaltungen zeitweilige Parteigruppen, um auch die außerhalb ihrer ständigen Arbeitsstelle vorübergehend tätigen Parteimitglieder lückenlos

57 Statut, Ziff. 57 a
58 Heinz Richter/Werner Wend (Anm. 45), S. 68

und jederzeit zu erfassen. Ständige Parteigruppen außerhalb von Grundorganisationen existierten schließlich für alle SED-Mitglieder in Volksvertretungen und anderen gewählten Gremien, insbesondere auch in den Leitungen der Massenorganisationen.

Die Leitungen der Grundorganisationen (je nach Größe bis zu 20 Mitglieder) sollten in der Regel jährlich gewählt werden, in der Praxis dauerte hier die Wahlperiode in den achtziger Jahren meist etwa zwei Jahre. Ende 1985 gehörten den Leitungen der Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen – einschließlich der Leiter der Parteigruppen, der „Parteigruppenorganisatoren", und deren Stellvertretern – über 670.000 Mitglieder an. Während die Parteileitungen der Grundorganisationen ebenso wie die höherer Parteigliederungen formal in geheimer Abstimmung gewählt wurden, wurden der Parteisekretär und seine Stellvertreter in der konstituierenden Sitzung der Leitung in offener Abstimmung gewählt. Ende 1985 waren in der SED 88.383 Parteisekretäre der Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen tätig (darunter ca. 4.700 hauptamtliche).

Die Parteisekretäre aller Grundorganisationen innerhalb einer Kreisparteiorganisation wurden von der zuständigen Kreisleitung monatlich am „Tag des Parteisekretärs" angeleitet. Außerdem war jeweils ein Mitglied der Kreisleitung oder ein von der Kreisleitung ausgewählter Funktionär als „Parteibeauftragter" für die Anleitung einer Grundorganisation zuständig.[59]

In der Grundorganisationsleitung wurden einzelnen Leitungsmitgliedern bestimmte Verantwortungsbereiche zugeteilt, z. B. Agitation und Propaganda, Wissenschaft und Technik, Kulturarbeit, Jugend und Sport, Verbindung zu den Wohnparteiorganisationen, Tätigkeit der Parteimitglieder in den Massenorganisationen und in der Nationalen Front, Wehrerziehung/Kampfgruppen/Zivilverteidigung, eventuell Durchführung des Parteilehrjahres, Beitragskassierung (in Vertretung des Parteisekretärs). In der Regel war der Parteisekretär zuständig für die Planung und Durchführung der Tätigkeit der Grundorganisationsleitung insgesamt, die Anleitung der Parteigruppenorganisatoren, in größeren Grundorganisationen auch für die „Kampfgruppe", die Verbindung zur staatlichen Leitung des Bereichs der Grundorganisation und zu den Leitungen der Massenorganisationen, sein Stellvertreter für Kaderarbeit, Parteiaufträge, die Betreuung der Kandidaten und die Parteiinformation.[60]

Mitglied der Grundorganisationsleitung waren stets der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Sekretär der FDJ-Grundeinheit, oft

59 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch, 3. Aufl., Köln 1985, S. 754

60 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 583; Heinz Mirtschin u. a.: Zur Arbeitsweise der Grundorganisationen der SED und ihrer Leitungen (Reihe „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1985, S. 67 ff.

auch der Vorsitzende der Kommission der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion im Betrieb[61], der Betriebsdirektor, der Behördenchef usw.

In Großbetrieben, insbesondere in Kombinaten, war der Parteisekretär der Grundorganisation (bzw. der Grundorganisation des Stammbetriebes des Kombinats) ein vom ZK eingesetzter „Parteiorganisator des Zentralkomitees."[62] Hier war die Wahl des Parteisekretärs durch die Leitung der Grundorganisation auch nach den Regelungen des Parteistatuts nur eine formale Akklamation.

In besonders großen und aus zahlreichen Einzelbetrieben bestehenden Kombinaten, in Universitäten und Hochschulen mittlerer Größe sowie in den bewaffneten Organen[63] waren mehrere Grundorganisationen einer Zentralen Parteileitung (ZPL) unterstellt, die auf einer Delegiertenkonferenz ihrer Grundorganisationen gewählt wurde. Die ZPL führten die ihnen unterstellten Grundorganisationen ähnlich wie eine Kreisleitung und unterstanden ihrerseits der Bezirksleitung.[64] Mitte 1985 gab es ca. 200 ZPL, z. B. in den Ministerien für Post- und Fernmeldewesen, für Handel und Versorgung, für Elektrotechnik und Elektronik, für Hoch- und Fachschulwesen, in der Bauakademie der DDR, bei der Interflug und in der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner" Berlin-Karlshorst.

Das reale politische Gewicht der verschiedenen Grundorganisationen und ihrer Leitungen und damit vor allem der Einfluß und die Verantwortlichkeit der Parteisekretäre waren entsprechend dem Bereich, in dem die Grundorganisation existierte, äußerst unterschiedlich. Sie waren relativ begrenzt und beschränkt auf den jeweiligen Bereich insbesondere in Kleinbetrieben, in der Landwirtschaft und in Wohnparteiorganisationen, dagegen erheblich größer in bestimmten Behörden, etwa in den Räten der Kreise und der Bezirke, im zentralen Parteiapparat, in den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen (z. B. die Grundorganisation im Staatsrat). In vielen Betrieben, Behörden, Instituten usw. war der Parteisekretär der Grundorganisation in der Realität der eigentliche Chef, ohne dessen Zustimmung keine wichtige Entscheidung gefällt werden konnte. Der Parteisekretär trägt somit einen großen Teil, wenn nicht sogar den Hauptanteil der Verantwortung für den Bürger belastende Maßnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich. Ihm können freilich auch Lockerungen und Abmilderungen von Entscheidungen, die auf höherer Ebene gefällt worden waren, zu verdanken sein.

61 DDR Handbuch (Anm. 59), ebd.
62 Statut Ziff. 45; KPW, S. 740
63 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 583
64 ebd., S. 753 f.

2.3. *Die Kreisparteiorganisationen*

Die über der Grundorganisation stehende nächsthöhere Parteigliederung war die Kreisparteiorganisation (in Stadtkreisen Stadtorganisation, in den Stadtbezirken einiger Großstädte Stadtbezirksorganisation).

1986 gab es in der SED 265 Kreisparteiorganisationen.[65] Von ihnen waren 242 territoriale Kreisparteiorganisationen in den Stadt- und Landkreisen, in den Stadtbezirken von Berlin (Ost) und in den Stadtbezirken der Großstädte Leipzig, Dresden, Magdeburg, Erfurt, Halle und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz). Die übrigen 23 Kreisparteiorganisationen waren funktionale Parteigliederungen in zentralen Staatsorganen und in Leitungen von Massenorganisationen in Berlin, an einigen Universitäten sowie in besonders wichtigen Großbetrieben in der DDR: Solche funktionalen Kreisparteiorganisationen gab es u. a. für folgende Behörden und Betriebe:

Ministerium für Staatssicherheit (MfS),

Ministerium des Inneren (MdI),

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA),

Zentrale Organe des Verkehrswesens (einschließlich Ministerium für Verkehrswesen und Deutsche Reichsbahn),

Staatliches Komitee für Fernsehen,

Zentrale Finanz- und Bankorgane,

Außenwirtschaft,

Staatliche Plankommission,

Zentrale Leitungen der Gewerkschaften,

Bauwesen Berlin,

Akademie der Wissenschaften (AdW),

Humboldt-Universität Berlin,

Technische Universität Dresden,

VEB Carl Zeiss Jena,

Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft (24.000 Beschäftigte, 7.760 Mitglieder[66]),

VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ (248 Grundorganisationen[67]),

VEB Chemiekombinat Bitterfeld (30.000 Beschäftigte, über 6.500 Mitglieder[68]),

VEB Chemische Werke Buna,

65 Expertise Prieß (Anm. 54), S. 36 ff.
66 Neues Deutschland, 15./16.2.1986
67 Neuer Weg, Nr. 5/1986, S. 200
68 Neues Deutschland, 25.3.1986

VEB Gaskombinat „Schwarze Pumpe“.

Von diesen Kreisparteiorganisationen hatten die des MfS und des MdI wegen ihrer Größe einer herausragende Stellung; ihre Delegiertenkonferenzen fanden bei Parteiwahlen zusammen mit Bezirksdelegiertenkonferenzen, einen Monat nach den übrigen Kreisdelegiertenkonferenzen, statt. Von den etwa 85.000 Mitarbeitern des MfS dürften nahezu alle der SED angehört haben. (Diese Parteiorganisation war in mehrere Parteigliederungen mit einem einer Kreisparteiorganisation ähnlichen Status unterteilt.)

Die funktionalen Kreisparteiorganisationen unterstanden fachlich der zuständigen Abteilung des ZK der SED, in allgemeinen Angelegenheiten (Agitation und Propaganda, Parteiorganisation) der nächsthöheren Parteileitung ihres Territoriums.[69] Für die meisten funktionalen Kreisparteiorganisationen war die nächsthöhere Leitung die SED-Bezirksleitung von Berlin (Ost), der im Februar 1986 21 Kreisparteiorganisationen – zehn Stadtbezirksorganisationen und elf funktionale Kreisparteiorganisationen – zugeordnet waren.[70]

Kreisparteiorganisationen in großen Stadtkreisen zählten meist über 20.000 Parteimiglieder, z.B: im Januar 1986:

Karl-Marx-Stadt	310.000 Einwohner	47.000 Mitglieder,
Magdeburg	290.000 Einwohner	46.500 Mitglieder,
Erfurt	210.000 Einwohner	über 30.000 Mitglieder.[71]

Kleinere territoriale Kreisparteiorganisationen hatten in der Regel zwischen 5.000 und über 10.000 Mitglieder, z. B.:

Pößneck	54.600 Einwohner	6.476 Mitglieder[72],
Aschersleben		über 10.000 Mitglieder[73],
Spremberg		6.353 Mitglieder[74],
Oranienburg		110.000 Mitglieder in 303 Grundorganisationen[75],
Zeitz		10.400 Mitglieder in 256 Grundorganisationen.[76]

Die Kreisleitung (in den Großbetrieben Industriekreisleitung) wurde von einer ordentlichen Delegiertenkonferenz zweimal innerhalb von fünf Jahren auf Beschluß des ZK gewählt. Die durchschnittlich etwa 60 Mitglieder und 15 Kandidaten einer Kreisleitung[77] mußten in der Regel mindestens zwei Jahre Parteimitglied (ohne Kandidatenzeit) sein.

69 Neugebauer (Anm. 31), S. 29
70 Berliner Zeitung, 10.2.1986
71 Neues Deutschland, 20.1.1986
72 Neues Deutschland, 12.4.1985
73 Neues Deutschland, 17.4.1984
74 Neues Deutschland, 7.11.1985
75 Neuer Weg, Nr. 18/1985, S. 728 ff.
76 Neuer Weg, Nr. 1/1986, S. 9 ff.
77 Wahlordnung des Zentralkomitees für die Wahlen der leitenden Parteiorgane, für die Wahlen der Delegierten zu den Delegiertenkonferenzen, Parteikonferenzen und Parteitagen vom 3. Oktober 1975; in: Dokumente der SED, Bd. XV, Berlin (Ost) 1978, S. 334 ff., Ziff. 31 (S. 342)

Nach der Wahl der Kreisleitungen auf 263 Kreisdelegiertenkonferenzen im Januar 1986 gehörten den Kreisleitungen insgesamt 19.578 Parteimitglieder als Vollmitglieder oder Kandidaten an.[78]

Auf ihrer konstituierenden Sitzung wählte die Kreisleitung ihren ersten Sekretär und weitere Sekretäre sowie andere Mitglieder des Sekretariats, das die Kreisparteiorganisation zwischen den mindestens einmal in drei Monaten stattfindenden Tagungen der Kreisleitung[79] führte. Die Sekretäre der Kreisleitung mußten mindestens drei Jahre Parteimitglied sein und waren „entsprechend der Nomenklatur" zu bestätigen (von der Bezirksleitung, die ersten Sekretäre vom ZK[80]).

Dem Sekretariat gehörten der erste und zweite Sekretär sowie weitere Sekretäre für Wirtschaft, Landwirtschaft (nicht in Kreisleitungen von Stadtkreisen und funktionalen Kreisparteiorganisationen), Agitation und Propaganda sowie Wissenschaft, Volksbildung und Kultur an (in Universitätskreisleitungen neben dem ersten und zweiten Sekretär Sekretäre für Wissenschaft und Propaganda), außerdem der Vorsitzende des Rates des Kreises, der Vorsitzende der Kreisplankommission, der Vorsitzende des FDGB-Kreisvorstandes, der erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung und der Vorsitzende der Kreisparteikontrollkommission.[81] Die Sekretariate der im Januar 1986 gewählten Kreisleitungen zählten damals insgesamt 2.595 Mitglieder, davon 1.251 Sekretäre.

Eine Kreisleitung verfügte über einen Apparat von durchschnittlich 30 bis 50 hauptamtlichen Mitarbeitern.[82] Da sie mit diesem Personal ihren umfangreichen Aufgabenkatalog nicht bewältigen konnte, wurde sie von zahlreichen Gremien aus meist ehrenamtlich tätigen Parteimitgliedern unterstützt. Das wichtigste dieser Gremien war das Kreisparteiaktiv, dessen Mitglieder von der Kreisleitung bestätigt wurden.[83] Diese Parteiaktivs existierten in allen größeren Parteigliederungen, von wichtigen Grundorganisationen bis zur Bezirksparteiorganisation, als Zusammenfassungen besonders einsatzbereiter und fachlich qualifizierter Parteimitglieder, vorwiegend von Partei- und Staatsfunktionären. Da das Parteiaktiv auf der Ebene höherer Parteigliederungen, vor allem in den Kreis- und Bezirksparteiorganisationen, aus Mitgliedern verschiedener Grundorganisationen bestand, hatte auf diese Weise die Kreis- bzw. Bezirksleitung einen Stamm verläßlicher Parteimitglieder zur Durchsetzung ihrer Politik direkt zur Verfügung, ohne daß untergeordnete Parteileitungen eingeschaltet werden mußten.[84]

78 Neues Deutschland, 22.1.1986
79 Statut, Ziff. 53
80 Statut, Ziff. 52; DDR Handbuch (Anm. 59), S. 754
81 ebd.; Wahlordnung 1975 (Anm. 77), Ziff. 29, S. 340
82 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 754
83 Mirtschin (Anm. 60), S. 92
84 Neugebauer (Anm. 31), S. 31 ff.; Prieß (Anm. 54), S. 33 f.

Die Kreisleitungen und ihre Sekretariate arbeiteten nach bestimmten Plänen. Dazu gehörten „Maßnahmepläne“ für die Tätigkeit der Kreisleitung insgesamt zur Vorbereitung auf besondere Ereignisse, z. B. 1985/85 auf den XI. SED-Parteitag im April 1986 (beschlossen Ende 1984)[85], der „Plan der politischen Massenarbeit“ (halbjährlich oder vierteljährlich) und monatliche Einsatzpläne des Sekretariats der Kreisleitung zur Anleitung der Grundorganisationen. Diese Pläne wurden auf der Grundlage der Beschlüsse höherer Parteileitungen und des ZK sowie der Lageanalyse im eigenen Zuständigkeitsbereich aufgestellt. Die monatliche Anfertigung von Lageanalysen zählte zu den wichtigsten Aufgaben einer Kreisleitung bzw. ihres Sekretariats.[86] Sie waren ein wesentlicher Teil der Berichterstattung der Kreisleitung an die Bezirksleitung im Rahmen der Parteiinformation (ausgewählte Kreisleitungen wurden direkt zur Berichterstattung vor das ZK-Sekretariat oder das Politbüro vorgeladen).

Die Sekretariate der territorialen Kreisleitungen stellten auf ihrem Gebiet die regionalen Machtzentren dar, in denen alle wesentlichen Fragen auf kommunaler Ebene entschieden oder zumindest vorentschieden wurden. Aus diesem Grunde waren die Sekretariate der Kreisleitungen in den Grundzügen parallel zu den Strukturen der Räte der Kreise gegliedert.[87]

Unter den parteiinternen Aufgaben einer Kreisleitung stand die Anleitung der Grundorganisationen im Vordergrund, die sowohl durch die Mitglieder des Sekretariats und der übrigen Kreisleitung als auch durch ehrenamtliche Instrukteure („Parteibeauftragte“) erfolgte. Beispielsweise wurden 1985 für die Anleitung der 303 Grundorganisationen im Kreis Oranienburg (davon 292 geleitet von ehrenamtlich tätigen Parteisekretären) 123 „Parteibeauftragte“ eingesetzt.[88] Diese Instrukteure wirkten maßgeblich an den „Kampfkraftanalysen“ der Grundorganisationsleitungen, der Aufstellung der „Kampfprogramme“ und der „Pläne der politischen Massenarbeit“ usw. mit. Weitere Methoden der Kreisleitung zur Lenkung der Grundorganisationen waren die Teilnahme von Sekretariats- und anderen Kreisleitungsmitgliedern an den Sitzungen der Grundorganisationsleitungen, Sekretariatssitzungen in ausgewählten wichtigen Grundorganisationen und die monatliche Information der Grundorganisations-Parteisekretäre am „Tag des Parteisekretärs.“[89]

85 Neuer Weg, Nr. 5/1985, S. 169 ff.
86 Klaus Bräunig: Konzentrierter Einsatz des Kreisreferentenkollektivs; in: Mündliche Agitation (Reihe „Der Parteiarbeiter“), Berlin (Ost) 1984, S. 72 ff. (73)
87 Gero Neugebauer: Politische und rechtliche Grundlagen der Tätigkeit von Funktionären der regionalen und lokalen Ebenen. Vortrag in der 26. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 27.1.1993 zum Thema „Die Machthierarchie der SED“ (2. Teil), Protokoll Nr. 26, Bonn 1993, S. 6 f.
88 Neuer Weg, Nr. 18/1985, S. 728 ff.
89 Neuer Weg, Nr. 1/1986, S. 9 ff.; Mirtschin (Anm. 60), S. 93 f.

2.4. *Die Bezirksparteiorganisationen*

In der SED bestanden 15 territoriale Bezirksparteiorganisationen (in den 14 Bezirken und Berlin (Ost)), außerdem mit einem ähnlichen Status die „Gebietsorganisation Wismut“ (Uranbergbau, in den Bezirken Gera, Karl-Marx-Stadt und Dresden) sowie die Parteiorganisation von NVA/Grenztruppen.[90]

Die größte Bezirksparteiorganisation war Anfang 1986 die Bezirksparteiorganisation Halle mit 253.000 Mitgliedern, die kleinste die Bezirksparteiorganisation Frankfurt/Oder mit 70.000 Mitgliedern.

Die Bezirksleitung wurde jeweils zweimal in fünf Jahren von einer Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt, deren Delegierte vorher auf den Kreisdelegiertenkonferenzen bestimmt wurden. Die mindestens viermal jährlich tagenden Bezirksleitungen[91] hatten 75 bis 85 Vollmitglieder und 15 bis 20 Kandidaten.[92] Die Bezirksleitung von Berlin (Ost) war größer (109 Mitglieder und 29 Kandidaten nach der 16. Bezirksdelegiertenkonferenz am 9.2.1986[93]). Auf ihrer konstituierenden Sitzung wählte die Bezirksleitung das Sekretariat und die Bezirksparteikontrollkommission.

Das Sekretariat bestand aus dem ersten und dem zweiten Sekretär, mindestens vier weiteren Sekretären für Wirtschaft, Landwirtschaft, Agitation und Propaganda sowie Wissenschaft, Volksbildung und Kultur und mindestens sechs anderen Sekretariatsmitgliedern (Vorsitzender der Bezirksparteikontrollkommission, erster Sekretär der Kreisleitung der Bezirksstadt, Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes, erster Sekretär der FDJ-Bezirksleitung, Vorsitzender der Bezirksplankommission und Vorsitzender des Rates des Bezirkes[94]). Die Sekretäre der Bezirksleitung mußten „entsprechend der Nomenklatur“ bestätigt werden[95], das heißt, daß sie vom ZK-Apparat vorzuschlagen und zu bestätigen waren.[96] Alle ersten Sekretäre der Bezirksleitungen waren Mitglieder des ZK, mehrere gehörten dem Politbüro als Vollmitglied oder Kandidat an. Politbüromitglied war stets der erste Sekretär der Bezirksleitung von Berlin (Ost), er war in der Regel auch Sekretär des ZK mit Zuständigkeit für Berlin (Ost).

In jeder Bezirksparteiorganisation bestand ein aus besonders zuverlässigen und befähigten Funktionären zusammengesetztes „Bezirksparteiaktiv“, dessen

90 Statut, Ziff. 68
91 Statut, Ziff. 53
92 Wahlordnung 1975 (Anm. 77), Ziff. 31
93 Berliner Zeitung, 10.2.1986
94 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 223; Monika Kaiser: Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 1993, S. 19 f.; Wahlordnung 1975 (Anm. 77), Ziff. 29, S. 339 f.
95 Statut, Ziff. 52
96 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 223

zahlenmäßige Stärke entsprechend den Aufgaben, zu denen es herangezogen wurde, wechselte. Die Stärke des „Bezirksparteiaktivs“ dürfte zwischen einem und drei Prozent der Mitglieder der Bezirksparteiorganisation gelegen haben.[97] Tagungen der „Bezirksparteiaktivs“ fanden regelmäßig zur Eröffnung des Parteilehrjahres im September, außerdem zu anderen wichtigen Anlässen statt. Beispielsweise hatte die „Bezirksparteiaktivtagung“ von Berlin (Ost) zur Eröffnung des Parteilehrjahres im September 1984 4.000 Teilnehmer (bei damals 170.000 Mitgliedern der Bezirksparteiorganisation von Berlin (Ost))[98], während zur „Bezirksparteiaktivtagung“ von Berlin (Ost) zur Auswertung der Beratung des ZK-Sekretariats mit den ersten Sekretären der Kreisleitungen im Februar 1985 nur 800 Funktionäre hinzugezogen wurden.[99] Die zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1984/85 im September 1984 insgesamt einberufenen Parteiaktivs zählten 100.000 bis 110.000 Mitglieder, während zu Parteiaktivtagungen und anderen Auswertungsveranstaltungen nach dem 9. bzw. 10. ZK-Plenum von Ende 1984 bis März 1985 bzw. im Juni/Juli 1985 zwischen über 200.000 und 250.000 Parteisekretäre und „Parteiaktivisten“ zusammengerufen wurden.[100]

Die Bezirksleitung war für die politische und ökonomische Entwicklung im Bezirk im Rahmen der Beschlüsse der Parteiführung verantwortlich. Letzten Endes war sie bzw. ihr Sekretariat die wichtigste und einflußreichste politische Institution im Bezirk.[101]

Das Sekretariat tagte wöchentlich, ihm stand ein hauptamtlicher Funktionärsapparat von 180 bis 250 Mitarbeitern zur Verfügung.[102] Der Parteiapparat der Bezirksleitung war ähnlich wie der des ZK in Abteilungen (z. B. Parteiorgane, Agitation und Propaganda) und Sektoren, teilweise parallel zum Rat des Bezirkes, gegliedert. Von den etwa vier jährlich stattfindenden Tagungen der gesamten Bezirksleitung dienten mindestens zwei der Auswertung eines ZK-Plenums, eine weitere Sitzung gegen Jahresende befaßte sich mit der Bestätigung des Volkswirtschafts- und des Haushaltsplans des Bezirks, bevor diese Pläne dem Bezirkstag zur Verabschiedung vorgelegt wurden. Die Bezirksleitung arbeitete auf der Grundlage eines (in der Regel) halbjährlichen Arbeitsplanes, außerdem gab es auch auf dieser Ebene den „Plan der politischen Massenarbeit“ sowie langfristige „Maßnahmepläne“ für einen Zeitraum bis zu einem bevorstehenden Parteitag, einem Jubiläum usw. (z. B. 1985/86 für alle Bezirksleitungen „Maßnahmepläne zur Verwirklichung der Beschlüsse

97 Neugebauer (Anm. 31), S. 31, Anm. 45
98 Neues Deutschland, 21.9.1984
99 Neues Deutschland, 12.2.1985
100 Neues Deutschland, 23.11.1984; Neues Deutschland, 21.6.1985; Neues Deutschland, 23./24.11.1985
101 Neugebauer (Anm. 31), S. 163, 188 f.; Neugebauer (Anm. 87), S. 5, 7
102 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 224

der 9. Tagung des Zentralkomitees in Vorbereitung auf den XI. Parteitag der SED", die im Dezember 1984 beschlossen wurden[103]).

Die wichtigste parteiinterne Aufgabe einer Bezirksleitung war die Anleitung der Kreisleitungen, teilweise auch direkt von besonders wichtigen Grundorganisationen. Ende 1985 war beispielsweise die Bezirksleitung Neubrandenburg für 14 Kreisparteiorganisationen mit 2.690 Grundorganisationen und 842 APO mit insgesamt 73.000 Mitgliedern verantwortlich. Diese Anleitung erfolgte teils durch schriftliche Direktiven und Informationen, teils unmittelbar, etwa durch Aktivtagungen, Sonderschulungen und Seminare zu bestimmten Anlässen (z. B. nahmen von den 100.000 Parteimitgliedern der Bezirksparteiorganisation Potsdam 25.000 an solchen Veranstaltungen zur Auswertung der Beratung des ZK-Sekretariats mit den ersten Sekretären der Kreisleitungen im Februar 1985 teil[104]). Nach ZK-Plena instruierte die Bezirksleitung die Sekretariate der Kreisleitungen auf speziellen Konferenzen.[105] Die Bezirksleitung sammelte im System der „Parteiinformation" die Berichte der Kreisleitungen über die Tätigkeit der Grundorganisationen und über andere Vorgänge in den Kreisen, analysierte sie und stellte sie zu Berichten für die Parteiführung zusammen.[106]

2.5. *Die Parteiführung*

Das höchste Organ der Partei war nach dem Statut[107] der Parteitag. Ordentliche Parteitage fanden seit 1971 alle fünf Jahre statt (vorher, seit 1950, in der Regel alle vier Jahre).

Der Parteitag hatte die Rechenschaftsberichte des ZK, der Zentralen Revisionskommission und anderer zentraler Parteiorgane entgegenzunehmen und darüber zu beschließen, über das Programm und Statut der Partei zu entscheiden, „die Generallinie und die Taktik der Partei" festzulegen sowie das ZK und die Zentrale Revisionskommission zu wählen.[108]

Ungeachtet des damit verbundenen gewaltigen propagandistischen Aufwandes war die politische Bedeutung des Parteitages in der Praxis gering. Für die Mitglieder war er äußerlich der Höhepunkt des Parteilebens, für sie und auch die übrige Bevölkerung war er das Datum, an dem sich über eine Dauer von mehr als einem Jahr vorher alle politischen Aktivitäten orientierten; insbesondere war er das Zieldatum des „sozialistischen Wettbewerbs". Da die Delegierten vor ihrer Wahl auf den Bezirksdelegiertenkonferenzen vom

103 Berliner Zeitung, 4.12.1984
104 Neues Deutschland, 26.2.1985
105 Neues Deutschland, 25.6.1985
106 Neugebauer (Anm. 31), S. 53
107 Statut, Ziff. 34
108 Statut, Ziff. 38

ZK ausgesucht und von der Bezirksleitung zur Wahl vorgeschlagen wurden, entsprach die Zusammensetzung des Parteitages vollständig den Wünschen der Parteiführung. Die Beschlüsse des Parteitages waren daher in Wirklichkeit lediglich Bestätigungen von Entscheidungen, die die Parteiführung – Politbüro und ZK-Sekretariat – vorher getroffen hatten. Neben der Wahl des neuen ZK und der Zentralen Revisionskommission beschränkten sich die Beschlüsse eines SED-Parteitages auf die Zustimmung zum Bericht des ZK, die Billigung der Direktive für den nächsten Fünfjahrplan und die Verabschiedung einer allgemeinen politischen Entschließung. Der Parteitag war somit vor allem eine Propagandaveranstaltung, in der die Parteispitze ihre mittelfristigen Konzeptionen und die aktuelle Parteilinie der Mitgliedschaft und der weiteren Öffentlichkeit mitteilte. Der Parteitag sollte auf die Mitglieder bewußtseinsbildend und emotionalisierend wirken, weshalb in seinem Rahmen entsprechende Sonderveranstaltungen wie festliches Kulturprogramm, Begrüßung des Parteitages durch Abordnungen der Streitkräfte und der „Jungen Pioniere", Massenkundgebungen der FDJ während des Parteitages in Berlin (Ost) usw. stattfanden.

2.5.1. *Das Zentralkomitee (ZK)*

Zwischen den Parteitagen war das vom Parteitag in geschlossener Sitzung zu wählende ZK nach dem Parteistatut das höchste Organ der Partei, das die Beschlüsse des Parteitages ausführen, die gesamte Tätigkeit der Partei leiten und sie im Verkehr mit anderen Parteien und Organisationen vertreten sollte. Außerdem entsandte das ZK die Vertreter der Partei in die höchsten Organe im Staats- und Wirtschaftsapparat, bestätigte die Kandidaten der SED für die Volkskammer und lenkte die gewählten zentralen staatlichen Organe sowie die gewählten zentralen Leitungen der Massenorganisationen und der übrigen gesellschaftlichen Organisationen durch die dort bestehenden Parteigliederungen der SED.[109]

Die Wahl des ZK durch die Delegierten des Parteitages erfolgte auf der Grundlage der Wahlordnung des ZK[110] und war formal geheim. In der Praxis unterblieb in der geschlossenen Sitzung des Parteitages zur Wahl des ZK die nach der Wahlordnung mögliche Kandidatenvorstellung und -befragung ebenso wie die Änderung der Kandidatenliste durch Vorschläge aus dem Kreis der Delegierten bei der Wahlhandlung. Da die Mitglieder und Kandidaten des ZK ausnahmslos Nomenklaturkader waren und zur Nomenklatur des Politbüros gehörten[111], war die dem Parteitag vorgelegte Kandidatenliste das

109 Statut, Ziff. 39

110 Wahlordnung 1975 (Anm. 77), S. 336 f.

111 Gert Joachim Glaeßner: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977, S. 240

Ergebnis von Entscheidungen des Politbüros und des ZK-Sekretariats, daher also unabänderlich. Die Wahlhandlung war somit auf das Einwerfen der zusammengefalteten unveränderten Kandidatenliste in die Wahlurne durch die Parteitagsdelegierten reduziert[112], und das ZK wurde stets einstimmig gewählt. Beim IX. Parteitag (18.–22.5.1976) dauerte die geschlossene Sitzung des Parteitages zur Wahl des ZK und der Zentralen Revisionskommission (ZRK), wie sich aus dem Parteitagsprotokoll ergab, nur knapp eine Stunde.[113]

Das ZK sollte mindestens einmal innerhalb eines halben Jahres zu einer Plenartagung zusammentreten. In den Jahren vor 1976 tagte das ZK häufiger, in den fünfziger Jahren oft mehr als viermal jährlich.[114] Ein ZK-Plenum hatte meist eine Dauer von zwei Tagen (das erste, zweite und das letzte Plenum nach bzw. vor einem Parteitag in der Regel nur von einem Tag).

In seiner konstituierenden Sitzung noch während des Parteitages, von dem es gewählt wurde, wählte das ZK das Politbüro und das ZK-Sekretariat sowie den Generalsekretär des ZK, berief die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK), bestätigte die Leiter der ZK-Abteilungen (das heißt der Abteilungen des Parteiapparates des ZK) und setzte die Redaktionskollegien der zentralen Parteipresse („Neues Deutschland", „Einheit", „Neuer Weg") ein.[115]

Das auf dem XI. Parteitag der SED (17.–21.4.1986) gewählte ZK bestand aus 165 Vollmitgliedern und 57 Kandidaten. Dem ZK gehörten vor allem die wichtigsten Funktionäre des Partei- und Staatsapparates an (diese Funktionärsgruppen stellten mehr als die Hälfte aller ZK-Mitglieder und -kandidaten). Die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die ZK-Sekretäre waren stets auch Mitglied des ZK. Den Rang eines Mitglieds bzw. Kandidaten des ZK hatten 22 Leiter von ZK-Abteilungen bzw. entsprechender zentraler Parteiinstitutionen (von über 45 ZK-Abteilungen bzw. entsprechenden Einrichtungen) und alle ersten Sekretäre der Bezirksleitungen, außerdem 18 Minister und sieben Chefs zentraler Staatsorgane, neben dem Ministerpräsidenten fünf seiner Stellvertreter, vier stellvertretende Minister, die Botschafter der DDR in der Sowjetunion und Polen, die Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei der Bundesrepublik und der DDR-Vertretung bei der UNO, 14 Vertreter der Führungen von NVA/Grenztruppen, der bewaffneten Organe des Innenministeriums sowie des MfS, die Chefs aller in der Volkskammer vertretenen Massenorganisationen sowie einiger weiterer wichtiger gesellschaftlicher Organisationen, die Präsidenten der Verbände der Komponisten und Musikwissenschaftler, der Theaterschaffenden, der Bildenden Künstler und

112 Bericht des 1969 in die Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Delegierten des VII. Parteitages (1967) Werner Barm, in: Deutsche Zeitung – Christ und Welt, 25.6.1971, zit. nach Helmut Alt: Die Stellung des Zentralkomitees der SED im politischen System der DDR, Köln 1987, S. 60

113 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (O) 1976, S. 153

114 Alt (Anm. 112), S. 74

115 Statut, Ziff. 42, 43, 44

der Schriftsteller, der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und der Akademie der Künste.[116] Von den Mitgliedern und Kandidaten des vom X. Parteitag 1981 gewählten ZK entfielen mehr als drei Viertel auf die „Machtelite" (Parteifunktionäre, Funktionäre des Staatsapparats einschließlich Militär- und Sicherheitsorgane, der Massenorganisationen) und etwa ein Fünftel auf die Intelligenz (technisch-ökonomische und wissenschaftlich-kulturelle Intelligenz). Weniger als drei Prozent konnten als „Werktätige" gelten, das heißt als Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsbauern, die neben ihrer Zugehörigkeit zum ZK keine weitere bedeutende Leitungsfunktion im Partei-, Staats- oder Wirtschaftsapparat innehatten.[117]

Ob die Angehörigen der verschiedenen Berufsgruppen im ZK als Vertreter von Interessengruppen tatsächlich tätig wurden, in welchem Ausmaß und mit welchen Methoden dies geschah, war aus den über die Tätigkeit des ZK von der SED-Führung veröffentlichten Informationen nur selten zu entnehmen. Eine der wenigen ZK-Tagungen, auf denen Interessenkonflikte innerhalb des ZK deutlich wurden, war das 11. ZK-Plenum im Dezember 1965, das der Disziplinierung der regimekritischen Intelligenz diente und auf dem Divergenzen zwischen der Parteiführung und Vertretern der kulturellen Intelligenz zur Sprache kamen (insbesondere in den Reden des damaligen ZK-Sekretärs Honecker und der damaligen Direktorin der Parteihochschule Hanna Wolf einerseits und der Schriftstellerin Christa Wolf andererseits). Andeutungsweise wurde die Vertretung eigener Interessen einer Berufsgruppe, hier der wissenschaftlichen Intelligenz, auf dem 4. ZK-Plenum 1982 erkennbar, als der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Prof. W. Scheler, vor einer durch die Forschungspolitik der Parteiführung drohenden Vernachlässigung der Grundlagenforschung warnte, damit also Interessen der wissenschaftlichen Intelligenz zu Gehör brachte.[118]

Es ist aber festzustellen, daß in den „Diskussionsbeiträgen" von Vertretern bestimmter Gruppen, insbesondere innerhalb der Machtelite, auf ZK-Plena für die jeweilige Funktionärsgruppe spezifische Positionen und Themen in den Vordergrund traten und mit besonderem Nachdruck formuliert wurden. Dies traf beispielsweise für die Reden von ZK-Mitgliedern zu, die dem Sicherheitsapparat angehörten, in denen die Aspekte des „Klassenkampfes", Wachsamkeitsappelle usw. oft eine herausragende Rolle spielten. Es ist aber z. Zt. noch nicht eindeutig zu klären, ob es sich dabei um eigene Positionen der Funktionärsgruppe des jeweiligen Sprechers handelte oder

116 Doppelzählungen ergeben sich durch Mehrfachfunktionen, da z. B. der Verteidigungsminister, der Minister für Staatssicherheit und der Innenminister sowohl als Regierungsmitglieder als auch als Chefs des Militär- und Sicherheitsapparates erscheinen.

117 Alt (Anm. 112), S. 147 ff.

118 Neues Deutschland, 25.6.1982

ob dieser Sprecher nicht vielmehr im Rahmen einer von der Parteispitze vorgenommenen Rollenverteilung die „Linie“ der Parteispitze innerhalb seines fachlichen Zuständigkeitsbereichs verkündete. Für die zweite Annahme spricht die Tatsache, daß das ZK, jedenfalls soweit es als Leitungsgremium insgesamt in Erscheinung trat, stets von der Parteispitze bereits gefällte Entscheidungen zu sanktionieren sowie als Tribüne zur Verkündung der Entscheidungen der Parteispitze und der „Parteilinie“ zu dienen hatte.

Zu berücksichtigen ist schließlich, daß ein ZK-Mitglied vor seiner Wahl durch die Parteispitze vor allem unter dem Aspekt ausgesucht wurde, wie es in seiner Berufsgruppe die Entscheidungen der Parteispitze als deren Beauftragter umsetzen konnte. Dieser Aspekt spielte auch bei der Besetzung der mittleren und unteren Parteileitungsebenen bis hinein in größere Grundorganisationen eine große Rolle. Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche gehörten den Leitungsgremien der Partei an, damit die Parteispitze durch diese Funktionäre die gesamte Gesellschaft lenken konnte. Das ZK-Mitglied als Beauftragter der Parteispitze in seiner Berufsgruppe war zugleich Informant nach oben über die Lage in seiner Berufsgruppe und in seinem Zuständigkeitsbereich. Dabei dürften entsprechende Interessen in seine Informationen für die Parteispitze mit eingeflossen sein – immer vorausgesetzt, daß das informierende ZK-Mitglied über genügend Selbstbewußtsein und eventuell über eine „Hausmacht“ verfügte, um dem Politbüro und dem ZK-Sekretariat Lageberichte, einschließlich spezifischer Interessen und Wünsche aus seinem Bereich, zur Kenntnis bringen zu können.

Im Unterschied zu den sechziger Jahren fanden im letzten Jahrzehnt der DDR kaum noch ZK-Plena zur Behandlung bestimmter Themen statt. Regelmäßig von ZK-Plena zu fällende Entscheidungen waren (neben denen über die Vertreter der SED in den höchsten Staatsorganen nach einer Volkskammerwahl) Beschlüsse über den Entwurf des Volkswirtschaftsplans und des Staatshaushaltsplans für das nächste Jahr auf einem ZK-Plenum gegen Jahresende sowie die Vorbereitung des nächsten Parteitags. Zur Tagesordnung eines ZK-Plenums gehörten immer der Bericht des Politbüros, vorgetragen von einem Politbüromitglied, oft vom Generalsekretär, die „Diskussion“ mit genau vorbereiteten „Diskussionsreden“, gegebenenfalls ein Referat zum Entwurf des nächsten Volkswirtschaftsplans, häufig ein Schlußwort des Generalsekretärs und eventuell Beschlüsse zu Personalfragen, zur Parteitagsvorbereitung und über Parteiwahlen. Das ZK entschied durch „Empfehlungen“ auch über andere Maßnahmen, z. B. die Durchführung von Wahlen für die Volksvertretungen (zur Volkskammer- und Bezirkstagswahl am 8.6.1986 durch das 11. ZK-Plenum am 22.11.1985[119]) oder über die Neubesetzung der Funktion des Ersten Sekretärs einer Bezirksleitung (Ablösung von Konrad Naumann als

119 Neues Deutschland, 26.11.1985

Erster Sekretär der Bezirksleitung von Berlin (Ost) auf einer Sitzung dieser Bezirksleitung am 25.11.1985 „entsprechend der Empfehlung des Zentralkomitees“[120]). Die ZK-Beschlüsse zu Personalfragen waren rein formaler Natur, die entsprechenden Entscheidungen waren vorher bis ins Detail vom Politbüro bzw. vom ZK-Sekretariat festgelegt.[121]

Der Politbüroberichte sowie die „Diskussionsreden“ wurden regelmäßig nur in, allerdings sehr umfangreichen, Auszügen in der Parteipresse abgedruckt. Veröffentlicht wurde das Referat des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zum nächsten Volkswirtschaftsplan und zum Staatshaushaltsplan auf dem ZK-Plenum im November/Dezember. Die der Öffentlichkeit zugänglichen Materialien von ZK-Plena vermittelten den Eindruck einer sorgfältigen Regie dieser Veranstaltungen, insbesondere der ZK-Plena, die in den beiden letzten Jahrzehnten stattfanden. Offene Kontroversen waren in den veröffentlichten Texten von ZK-Plena in letzter Zeit nur selten erkennbar, im Unterschied etwa zu den fünfziger Jahren, als sich in Politbüroberichten Konflikte in der Parteiführung ausführlicher widerspiegelten.

Die Rolle des ZK läßt sich allerdings nicht ausschließlich aus seiner Tätigkeit in den Plenartagungen ableiten. Politbüro und ZK-Sekretariat handelten im Namen des ZK, die Beschlüsse dieser Gremien der Parteispitze galten als ZK-Beschlüsse. Viele ZK-Beschlüsse, z. B. die als „Gemeinsame“ Beschlüsse zusammen mit dem Ministerrat und dem FDGB-Bundesvorstand verkündeten Beschlüsse zur Sozialpolitik sowie zusammen mit dem Staatsrat und dem Ministerrat abgegebene Stellungnahmen zu außenpolitischen Ereignissen, wurden nicht von einem ZK-Plenum beschlossen, sondern waren in Wirklichkeit Beschlüsse der Parteispitze. Schließlich war die Tätigkeit des einzelnen ZK-Mitglieds, wenn es Aufträge der Parteispitze ausführte, von ihr konsultiert wurde usw., dem Wirkungsbereich des ZK ebenfalls zuzurechnen, ohne daß darüber in der Öffentlichkeit Einzelheiten bekannt wurden.

2.5.2. *Politbüro und ZK-Sekretariat*

Die Aussagen des Parteistatuts über die eigentliche Parteispitze, das Politbüro und das ZK-Sekretariat, waren äußerst knapp. Beide Gremien sowie der Generalsekretär wurden vom ZK gewählt, das Politbüro „zur politischen Leitung der Arbeit des Zentralkomitees zwischen den Plenartagungen“, das ZK-Sekretariat „zur Leitung der laufenden Arbeit, hauptsächlich zur Durchführung und Kontrolle der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader.“[122] Die Befugnisse und Aufgaben des Generalsekretärs wurden im Statut überhaupt nicht erwähnt.

120 Neues Deutschland, 26.11.1985
121 Neugebauer (Anm. 31), S. 37 f.
122 Statut, Ziff. 42

Politbüro, ZK-Sekretariat und Generalsekretär wurden vom ZK in seiner konstituierenden Sitzung noch während des Parteitages gewählt. Seit Mitte der fünfziger Jahre wurde stets eine einstimmige Wahl dieser Gremien bekanntgegeben.

Das ZK hat bei diesen Wahlen nicht zwischen verschiedenen Personen entschieden, sondern immer eine vom Politbüro der vergangenen Wahlperiode aufgestellte Liste ohne Änderungen gebilligt.[123]

Die Größe von Politbüro und ZK-Sekretariat war im Statut nicht festgelegt. Nach dem XI. Parteitag im April 1986 gehörten dem Politbüro 22 Vollmitglieder und fünf Kandidaten, dem ZK-Sekretariat neben dem Generalsekretär zehn Sekretäre an. Beide Gremien wurden vom Generalsekretär geleitet. Diese beiden Gremien – in Folge von Doppelfunktionen insgesamt knapp 30 Personen – stellten das eigentliche Machtzentrum in der DDR dar, dessen Befugnisse sich in der „Kompetenzkompetenz" (Entscheidungsbefugnis über die Zuständigkeiten) und in der „Personalkompetenz" (Befugnis über die Besetzung von Spitzenämtern in Partei, Staat und Gesellschaft) konzentrierten.[124] Zwischen den Parteitagen war es üblich, daß das ZK Veränderungen in der Zusammensetzung von Politbüro und ZK-Sekretariat vornahm, das heißt Mitglieder aus ihrer Funktion entließ, Kandidaten zu Vollmitgliedern aufwertete und – allerdings sehr selten – Parteifunktionäre zum Vollmitglied des Politbüros bzw. ZK-Sekretär wählte, die vorher noch nicht Politbürokandidat waren. Auch bei diesen Personalentscheidungen des ZK zwischen den Parteitagen handelte es sich ausschließlich um die rein formale Billigung von bereits vorher von der Parteispitze gefaßten Beschlüssen.

Alle ZK-Sekretäre waren zugleich Mitglied oder Kandidat des Politbüros. Neben diesen Spitzenfunktionären der SED gehörten dem Politbüro stets mehrere Sekretäre von Bezirksleitungen wichtiger Bezirke, darunter immer der Erste Sekretär der Bezirksleitung von Berlin (Ost), an, außerdem der Ministerpräsident, seine beiden Ersten Stellvertreter, der Verteidigungsminister und der Minister für Staatssicherheit (jedoch nicht der Außenminister und der Innenminister), der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission (als Kandidat), der Volkskammerpräsident sowie der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes. Zeitweilig war auch die FDJ durch den Vorsitzenden ihres Zentralrats im Politbüro vertreten (von 1976 bis 1983 durch den damaligen Zentralratsvorsitzenden Krenz als Politbürokandidat). Dem Politbüro gehörten zuletzt lediglich zwei Frauen als Kandidaten an; eine von ihnen, die Leiterin der ZK-Abteilung für Frauenfragen Inge Lange, war Mitglied des ZK-Sekretariats.

123 Alt (Anm. 112), S. 91 f.
124 Brunner (Anm. 26), S. 2 f., 21 f., 27, 41 f.

Das Politbüro tagte wöchentlich dienstags, das ZK-Sekretariat donnerstags. Die Befugnisse beider Gremien waren nicht eindeutig voneinander abzugrenzen. Das Politbüro befaßte sich mit Grundfragen der Außen-, Sicherheits-, Innen- und Wirtschaftspolitik, wobei es häufig auch Beschlüsse zu Detailfragen faßte. Die Zahl der Tagesordnungspunkte auf der wöchentlichen Politbürositzung wurde auf 40 bis 60 geschätzt.[125] Häufig wurden durch Politbürobeschlüsse den Staatsorganen genaue Anweisungen erteilt. Auch das Politbüro arbeitete ähnlich wie die Bezirks- und Kreisleitungen nach einem Arbeitsplan.[126]

Das ZK-Sekretariat führte den zentralen Parteiapparat, leitete und kontrollierte die Durchführung der Politbürobeschlüsse im einzelnen, war die höchste Instanz der Kaderpolitik und die Spitze der Exekutive in der gesamten Parteiorganisation. Insbesondere war das ZK-Sekretariat – mit Hilfe des ZK-Apparats – zuständig für die Anleitung der Bezirks- und Kreisleitungen.

Personalfragen fielen in die Kompetenz sowohl des Politbüros als auch des ZK-Sekretariats, wobei ersteres die Grundsatzentscheidungen fällte, letzteres Detailfragen regelte und die Grundsatzentscheidungen vorbereitete. Ähnlich war die – jedoch nicht immer gültige – Abgrenzung der Tätigkeit beider Gremien in anderen politischen Bereichen. Für die operative Leitung aller Parteiangelegenheiten sowie die Massenorganisationen war überwiegend das ZK-Sekretariat zuständig, ebenso für die Einzelheiten der internationalen Parteibeziehungen.

Das Politbüro konnte in der Praxis jede Angelegenheit, auch wenn sie in die Kompetenz eines Staatsorgans fiel, an sich ziehen und darüber entscheiden. Nur ein Teil der vom Politbüro behandelten Themen war in seinem Arbeitsplan aufgeführt, ein Großteil seiner Tätigkeit bestand aus operativen Entscheidungen. Die Vorlagen wurden in der Woche vor der jeweiligen Sitzung den Politbüromitgliedern zugeleitet, die Tagesordnung der Politbürositzung vom Generalsekretär bzw. seinem Büro zusammengestellt. Einzelne Themen für die Tagesordnung wurden vor allem von den ZK-Sekretären, anderen Politbüromitgliedern sowie von Ministern und Leitern sonstiger Staatsorgane über die zuständigen ZK-Sekretäre bzw. ZK-Abteilungen vorgeschlagen. Wegen der großen Zahl der Tagesordnungspunkte und des Umfangs der mit ihnen vorgelegten Materialien war den Politbüromitgliedern und -kandidaten eine gründliche Beschäftigung mit jedem einzelnen Tagesordnungspunkt unmöglich, und sie beschränkten sich daher auf diejenigen ihres Zuständigkeitsbereiches. Der ZK-Sekretär bzw. das Politbüromitglied, das eine Vorlage einbrachte, begründete diese und beantwortete dazu gestellte Fragen, die Diskussion beschränkte sich in den meisten Fällen auf Anmerkungen, enthielt aber nur

125 Neugebauer (Anm. 31), S. 57
126 ebd., S. 60

selten grundsätzliche Einwände gegen die Vorlage. Da Struktur, Arbeitsweise und Leitungssystem regierender kommunistischer Parteien im sowjetischen Machtbereich einander ähnlich waren (wenngleich nicht identisch), lassen sich einige Analogieschlüsse auf die SED-Führung aus den Berichten ziehen, die der tschechische Historiker Karel Kaplan aus seiner mehr als fünfzehnjährigen Tätigkeit im ZK-Apparat der KP der CSSR geliefert hat.[127]

Nicht selten behandelten Politbüro und ZK-Sekretariat dieselben oder ähnliche Probleme – ersteres in allgemeiner Form, letzteres durch detaillierte Beschlüsse und Kontrollmaßnahmen. Häufig wurden Politbürobeschlüsse durch Beschlüsse des ZK-Sekretariats zum gleichen Thema vorbereitet.[128] Auch das ZK-Sekretariat arbeitete grundsätzlich nach einem für einen bestimmten Zeitraum aufgestellten Arbeitsplan, befaßte sich aber überwiegend ebenfalls mit Problemen der operativen Leitung außerhalb dieses Plans. Die Tagesordnung der Sitzungen des ZK-Sekretariats wurde vom Büro des Generalsekretärs aus Vorschlägen der ZK-Sekretäre und der ZK-Abteilungsleiter zusammengestellt.

Die ZK-Sekretäre verfügten über ein Büro mit drei bis fünf Mitarbeitern, die Leiter der Büros der ZK-Sekretäre hatten Abteilungsleiterstatus.[129] Mitte der achtziger Jahre waren im ZK-Sekretariat der SED nur zwei ZK-Sekretäre gleichzeitig auch Abteilungsleiter (ZK-Sekretär Dohlus als Leiter der ZK-Abteilung Parteiorgane, ZK-Sekretär Inge Lange als Leiterin der ZK-Abteilung für Frauenfragen). Obwohl die Politbüromitglieder, die nicht zugleich ZK-Sekretäre waren, ebenfalls einige eigene Mitarbeiter im ZK-Apparat hatten, befanden sie sich gegenüber den ZK-Sekretären, die in der Regel über mehrere ZK-Abteilungen die Oberaufsicht führten und also über Teile des Parteiapparats verfügen konnten, im Nachteil. Allerdings konnten sich Politbüromitglieder, die nicht ZK-Sekretäre waren, aber hohe Staatsämter innehatten (z. B. der Ministerpräsident, der Verteidigungsminister und der Minister für Staatssicherheit) oder Chef einer Massenorganisation waren (wie der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstands), auf ihre Mitarbeiterstäbe außerhalb des Parteiapparates stützen.

127 Karel Kaplan: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei II. Das Politbüro (ZK-Präsidium). Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983, S. 39 f.; Brunner (Anm. 26), S. 22 f.; Manfred Uschner: Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993, S. 61 ff.; Manfred Uschner, Zeitzeugen-Aussage in der 25. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 26.1.1993 zum Thema „Die Machthierarchie der SED“ (Teil 1), Protokoll Nr. 25, Bonn 1993, S. 103 ff.

128 Karel Kaplan: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei III. Das ZK-Sekretariat. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1984, S. 5, 7

129 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 1144; Karel Kaplan: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei IV. Apparate und Apparatschiks. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1985, S. 41

Der größte Teil der Beschlüsse des Politbüros und des ZK-Sekretariats wurde nicht veröffentlicht (nach älteren Schätzungen zwischen 50 und 90 Prozent[130]). Von dieser Geheimhaltung ausgenommen waren in der Regel Grundsatzbeschlüsse zu sozialpolitischen Fragen (diese wurden als „Gemeinsame" Beschlüsse des Politbüros bzw. ZK-Sekretariats, des Ministerrats und des FDGB-Bundesvorstandes deklariert), Stellungnahmen zu Berichten untergeordneter Parteileitungen vor dem Politbüro bzw. ZK-Sekretariat zu bestimmten Themen (diese „Stellungnahmen" waren zugleich verbindliche Handlungsanweisungen für die unteren Parteigliederungen) und einige Grundsatzbeschlüsse, die die Partei selbst betrafen (z. B. das Programm des Parteilehrjahres, Beschluß des ZK-Sekretariats „über die Arbeit mit den Kadern" vom 7.6.1977[131]). Andere Beschlüsse wurden nur hinsichtlich der Probleme, die sie behandelten, nicht aber in ihrem Inhalt, durch die Politbüroberichte an ZK-Plena bekannt.

Zwischen dem 6. und 11. ZK-Plenum nach dem X. Parteitag, also in der Zeit vom 15./16.6.1983 bis zum 22.11.1985, sind, vorwiegend aus den Politbüroberichten an ZK-Plena, etwa 240 Themen mitgeteilt worden, zu denen das Politbüro und das ZK-Sekretariat Beschlüsse faßte, Maßnahmen festlegte, Aufträge erteilte oder sich anderweitig damit beschäftigte. Die Zahl der behandelten Themen in diesen knapp zweieinhalb Jahren dürfte jedoch in Wirklichkeit weit höher sein. Etwa zwei Drittel der Themen entfielen auf das Politbüro, ein Drittel auf das ZK-Sekretariat, manche Themen wurden von beiden Gremien gemeinsam behandelt. Die in den Politbüro- und ZK-Sekretariatssitzungen erörterten Themen, soweit bekannt, bestätigten, daß eine präzise Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche dieser Führungsorgane nicht möglich ist. Allerdings beschäftigte sich das ZK-Sekretariat so gut wie nie mit Fragen der Außenpolitik.

Das Politbüro befaßte sich im Zeitraum von Juni 1983 bis November 1985 u. a. mit folgenden Themen:

- Ergebnisse der Tagung des Außenministerkomitees der Warschauer-Pakt-Staaten in Sofia (Stellungnahme)
- Beschleunigung laufender innerdeutscher Verhandlungen und Einleitung neuer Gespräche
- „Ergebnisse des politischen Dialogs zwischen Ost und West"
- Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Madrid
- Durchführung der Volkswirtschaftspläne
- Vorbereitung des Volkswirtschaftsplans und des Staatshaushaltsplans des nächsten Jahres

130 Ernst Richert: Macht ohne Mandat, 2. Aufl., Köln – Opladen 1963, S. 36, Anm. 71
131 Neuer Weg, Nr. 13/1977, Beilage, S. 597 ff.

- Sicherung der stabilen Versorgung der Bevölkerung im IV. Quartal unter besonderer Berücksichtigung der Festtagsversorgung (Beschluß)
- Verstärkte Eigenversorgnung mit Gemüse (Beschluß)
- Produktion und Versorgung der Bevölkerung mit Sportschuhen (Beschluß)
- Verlauf der Ernte- und Herbstarbeiten (gemeinsam mit dem ZK-Sekretariat, Beschluß)
- Programm zur Bewässerung
- Förderung der individuellen Produktion in der Landwirtschaft (Beschluß)
- Konzeption für die Gestaltung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und ökonomischen Kader (Beschluß)
- Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen zum 35. Jahrestag der DDR-Gründung (Beschluß)
- Maßnahmen zum Ausbau von Berlin (Ost) (Beschluß)
- Vorbereitung der Kommunalwahlen am 6.5.1984 (gemeinsam mit dem ZK-Sekretariat, Stellungnahme)
- Realisierung des langfristigen Programms der Zusammenarbeit DDR-UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion bis zum Jahr 2000 (Beschluß)
- Gesellschaftswissenschaftliche Forschung 1981 bis 1983, Orientierung für die Ausarbeitung des Zentralen Forschungsplans der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften für die Jahre 1986 bis 1990
- Tagungen der Volksbildungsaktive zu Beginn des Schuljahres (Beschluß)
- Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands (Beschluß)
- Treffen der Führungen der Warschauer-Pakt-Staaten in Warschau am 26.4.1985 (Stellungnahme gemeinsam mit dem Ministerrat)
- Beziehungen der DDR zu den „sozialistischen Bruderländern“
- Besuch Honeckers in Italien
- DDR-Besuch des französischen Premierministers Fabius
- Vorbereitung des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte (Beschluß)
- SED-SPD-Vorschlag zur Errichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa
- Vorbereitung des 750. Jahrestages der Gründung Berlins (Beschluß)
- Termin- und sortimentsgerechte Erfüllung der Pläne der Konsumgüterproduktion (Auftrag an den Ministerrat)
- Ausarbeitung der Entwürfe für den Fünfjahrplan 1986 bis 1990 bis August

1985 (Auftrag an die Minister, Generaldirektoren der Kombinate und Vorsitzenden der Räte der Bezirke)

- Durchführung von Kreisbauernkonferenzen im März 1985 (Beschluß)
- „Richtlinien für die Prüfung und Aktualisierung der Registratur in den Grundorganisationen und Kreisleitungen der SED sowie zur Durchführung vertrauensvoller individueller Gespräche mit allen Mitgliedern und Kandidaten der Partei im Jahre 1985“ (Beschluß)
- „Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (Beschluß)
- Ergebnisse des Genfer Gipfeltreffens UdSSR-USA
- Sozialistische ökonomische Integration mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern sowie Aufgaben der Außenwirtschaft
- Ökonomische und wissenschaftlich-technische Beziehungen zu China
- Parteikontrolle über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und über die Wohnraumnutzung
- Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen
- Maßnahmen zur Produktion und Versorgung mit Ersatzteilen (Beschluß)
- Konzeption über die langfristige Entwicklung der naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Grundlagenforschung im Bereich der Akademie der Wissenschaften und des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (Beschluß)
- Ordnung für die regelmäßige Überprüfung erteilter Gütezeichen (Beschluß)
- Bestätigung der Konzeption zur Bewirtschaftung der Wälder der DDR und über die Hauptrichtungen der Verwendung des Rohholzaufkommens im Zeitraum 1986 bis 1990
- Vorbereitung der Volkskammer- und Bezirkstagswahlen am 8.6.1986, Beschluß über den Vorschlag an das ZK, dem Staatsrat die Ausschreibung dieser Wahlen für den 8.6.1986 zu empfehlen.

Themen der Sitzungen des ZK-Sekretariats in der Zeit von Juni 1983 bis November 1985 waren u. a.:

- Wahlen zu den Ortsvorständen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)
- Wahlen zu den Gruppen- und Ortsvorständen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), Maßnahmen über die weitere Arbeit des DFD
- Tätigkeit der URANIA und Maßnahmen der SED zu ihrer Unterstützung

- Entgegennahme eines Berichts der Kreisleitung Döbeln über die Durchführung der Parteiwahlen
- Beschluß über Auszeichnungen für Leistungen im Wettbewerb zum 35. Jahrestag der DDR-Gründung (zusammen mit dem Ministerrat und dem FDGB-Bundesvorstand)
- Maßnahmen über sozialpolitische Verbesserungen für kinderreiche Familien sowie über Rentenerhöhungen (Gemeinsame Beschlüsse mit dem Ministerrat und dem FDGB-Bundesvorstand)
- Frühjahrsbestellung und Pflegearbeiten (Beschluß)
- Wahlen im Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK)
- Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung Aschersleben über die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 6.5.1984
- Bericht des FDJ-Zentralrates über die Vorbereitung des „nationalen Jugendfestivals“ Pfingsten 1984
- Vorbereitung einer Beratung des ZK mit leitenden Kulturfunktionären (Beschluß)
- Analyse der Mitgliederbewegung des Jahres 1983
- Themenplan des Parteilehrjahres 1984/85
- Langfristige Lehrpläne für das Parteilehrjahr (Bestätigung)
- Stellungnahme zum Bericht der Kreisleitung Annaberg über die Rechtserziehung, die Erziehung zu Disziplin und Ordnung sowie „zu hoher Wachsamkeit und Sicherheit“ durch die Staatsorgane
- Aufgaben der Parteikontrolle auf dem Gebiet der sozialistischen ökonomischen Integration (Beschluß)
- Vorbereitung der Ernte- und Herbstarbeiten 1985 (Beschluß)
- Konzeption für die Weiterführung des FDJ-Studienjahres (Bestätigung)
- Entgegennahme eines Berichts des FDGB-Bundesvorstandes über die Durchführung der Gewerkschaftswahlen
- Direktive über die Aufgaben der Kampfgruppen in den Jahren 1986 bis 1990, Wettbewerbsrichtlinien und Dienstordnung (Beschluß)
- Aufgaben der Bibliotheken (Beschluß)
- Wahlen im Deutschen Roten Kreuz der DDR (Beschluß)
- Orientierung der Parteileitungen im Zusammenhang mit den Eingaben der Bürger (Beschluß zur Eingabe aus dem Kreis Bischofswerda an den SED-Generalsekretär)
- Veranstaltungen zum 165. Geburtstag und 90. Todestag von Engels sowie zum 50. Jahrestag des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Beschluß)
- Beschluß über den wissenschaftlichen Gerätebau

- Mikroelektronikprogramm (Beschluß)
- Beschluß über die Optoelektronik
- Beschluß über die Entwicklung neuer keramischer Werkstoffe
- Beschluß über das Chemiefaserprogramm
- Einschätzung des Standes bei der Intensivierung der Getreideproduktion und der systematischen Ablösung von Getreideimporten
- „Direktive für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen der Kommissionen und Volkskontrollausschüsse der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion“ (Beschluß)
- Arbeitskonferenz des Ministeriums für Volksbildung „Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an die Lehrer und die Lehrerbildung“ (Beschluß)
- Weiterführende Maßnahmen zur Vervollkommnung der Aus- und Weiterbildung der Ingenieure und Ökonomen (Beschluß).

Dem Politbüro bzw. dem ZK-Sekretariat waren für Zwecke der Koordinierung und Entscheidungsvorbereitung ständige oder zeitweilige Kommissionen, meist unter Leitung von ZK-Sekretären, zugeordnet, die allerdings im Statut nicht erwähnt waren. Zeitweilige Kommissionen waren vor dem IX. Parteitag 1976 für die Überarbeitung des Parteiprogramms (unter Leitung Honeckers) und des Parteistatuts (unter Leitung von Paul Verner) eingesetzt worden.[132] Ständige Komissionen waren die Kommissionen für Nationale Sicherheit (Leiter: Egon Krenz), für Agitation, für Frauenfragen (Leiterin: Inge Lange) sowie die Außenpolitische Kommission. Allerdings gab es seit längerer Zeit kaum offizielle Informationen über die Tätigkeit dieser Kommissionen, so daß nicht genau feststellbar war, welche dieser Gremien zuletzt noch arbeiten.

2.5.3. *Der Generalsekretär*

Der Generalsekretär wurde auf der konstituierenden Sitzung des ZK unmittelbar nach dessen Wahl durch den Parteitag gewählt.[133]

Als Leiter der Sitzungen des Politbüros und des ZK-Sekretariats, Chef des zentralen Parteiapparats und zusätzlich durch seine Staatsämter als Vorsitzender des Staatsrats (Staatsoberhaupt) und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats besaß der Generalsekretär eine Machtfülle, die ihn unter den übrigen Politbüromitgliedern und ZK-Sekretären weit heraushob. Entscheidende Faktoren dieser Macht waren seine Zuständigkeit für die Tagesordnung der Sitzungen von Politbüro und ZK-Sekretariat, sein Recht, in die Tätigkeit aller

132 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 1542
133 Statut, Ziff. 42

Sekretariatsbereiche und ZK-Abteilungen unmittelbar einzugreifen, und seine Befugnisse bei der Verteilung geheimer und anderer Informationen von besonderer Wichtigkeit.[134] In der SED unterstand dem Generalsekretär unmittelbar der Chef der Politischen Hauptverwaltung von NVA und Grenztruppen, das heißt der höchste Parteifunktionär der Streitkräfte.[135] Insbesondere auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und in der Wirtschaftspolitik entschied der Erste Sekretär bzw. der Generalsekretär häufig ohne Einschaltung des Politbüros, allein in Abstimmung mit dem Minister für Staatssicherheit bzw. dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Politbüromitglied und ZK-Sekretär.[136]

2.5.4. *Der Parteiapparat auf der Ebene des ZK*

Dem zentralen politischen und Verwaltungsapparat der SED, der dem ZK-Sekretariat und dem Generalsekretär unterstand, gehörten ca. 2.000 Mitarbeiter an.[137] Die meisten ZK-Sekretäre waren für jeweils mehrere ZK-Abteilungen eines bestimmten Bereichs verantwortlich, die Zuständigkeit eines ZK-Sekretärs konnte allerdings auch auf eine einzige ZK-Abteilung beschränkt sein.[138] Mitte 1986 gab es über 45 ZK-Abteilungen bzw. gleichgestellte Institutionen (1etztere waren die Redaktionen des „Neuen Deutschland", der „Einheit" und des „Neuen Weg" sowie die Parteihochschule und vier andere wissenschaftliche Einrichtungen).

Die Abteilungsleiter des ZK-Apparats sowie die Chefredakteure der zentralen Parteipresse wurden vom ZK jeweils auf dem zweiten Plenum nach dem Parteitag bestätigt (zuletzt am 13.6.1986). Die Struktur des zentralen Parteiapparates, die Anzahl und Art der vorhandenen ZK-Abteilungen, Arbeitsgruppen usw., ihre Zuständigkeit sowie die Namen der ZK-Abteilungsleiter wurden insgesamt von der SED nicht veröffentlicht. Die im Westen darüber vorhandenen Erkenntnisse mußten bis zum Ende des SED-Regimes aus einzelnen Angaben der Parteipresse ermittelt werden. Es war damals auch nicht immer eindeutig feststellbar, ob ein bestimmter Bereich im ZK-Apparat den Status einer Abteilung oder einen anderen Status (Sektor, Arbeitsgruppe) hatte.

Die Anzahl, die Zuständigkeitsbereiche und die Bezeichnungen der ZK-Abteilungen wurden gegentlich verändert. So war die Arbeitsgruppe Kirchenfragen bis 1955 ein Sektor und hatte später zweimal den Status einer Abteilung.[139] Jedoch hatten besonders wichtige Bereiche wie „Parteiorgane", „In-

134 Karel Kaplan: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei I. Der Generalsekretär. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983, S. 8 ff., 14

135 Instruktion für die leitenden Parteiorgane (Politorgane) und für die Parteiorganisationen der SED in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik – Parteiinstruktion – Berlin (Ost) 1976, Ziff. 14

136 Brunner (Anm. 26), S. 23; Uschner, Protokoll Nr. 25 (Anm. 127), S. 103

137 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 1144

138 Z. B. war ZK-Sekretär Inge Lange nur zuständig für die ZK-Abteilung Frauenfragen.

139 Neugebauer (Anm. 31), S. 59, Anm. 132

ternationale Verbindungen", „Internationale Politik und Wirtschaft" (bis 1984 West-Abteilung), „Kaderfragen", „Staats- und Rechtsfragen" usw. immer den Status einer ZK-Abteilung. Die Zuständigkeitsbereiche der ZK-Abteilungen entsprachen, soweit sie sich nicht mit innerparteilichen Angelegenheiten befaßten, weitgehend denen der Ministerien des Ministerrats.[140]

Eine ZK-Abteilung wurde von einem Abteilungsleiter geführt, der einen oder mehrere Stellvertreter hatte. Die meisten ZK-Abteilungen waren in Sektoren (entsprach etwa dem Referat in einem westdeutschen Ministerium) unter Führung eines Sektorenleiters unterteilt, in denen wiederum jeweils für bestimmte Sachgebiete „politische Mitarbeiter" (entsprachen etwa dem Referenten in einem westdeutschen Ministerium) zuständig waren. In den sechziger Jahren wurde die Zahl der politischen und fachlichen Mitarbeiter des ZK auf etwa 1.000 Personen geschätzt.[141]

Aufgaben der ZK-Abteilungen waren neben der Entscheidungsvorbereitung für Politbüro und ZK-Sekretariat die Beaufsichtigung und Anleitung der Staatsorgane, der Leitungen der Massenorganisationen und anderer zentraler Institutionen ihres Zuständigkeitsbereichs sowie der entsprechenden Abteilungen bei den Bezirks- bzw. Kreisleitungen, soweit dort analoge Abteilungen existierten. Die Anleitung zentraler Staatsorgane, der Leitungen von Massenorganisationen usw. erfolgte vor allem über die dort tätigen Grundorganisationen und Parteigruppen (beispielsweise hatte die Kreisleitung des Außenministeriums ihren Sitz im Gebäude des ZK).[142] Soweit ZK-Abteilungen Regierungsorgane anleiteten und kontrollierten, konnte für ein Regierungsorgan (oder für mehrere) ein Sektor einer Abteilung zuständig sein (z. B. ein Sektor der Abteilung Staats- und Rechtsfragen für die Justiz, das heißt Ministerium der Justiz, Oberstes Gericht und Generalstaatsanwaltschaft[143]). Die Intensität der Anleitung und Beaufsichtigung des Staatsapparates durch die Abteilungen war allerdings unterschiedlich – je nach der Größe der jeweiligen staatlichen Apparate – und konnte bei großen Apparaten nur mittelbar wahrgenommen werden. Beispielsweise war die ZK-Abteilung Sicherheitsfragen für die NVA und die Grenztruppen, das Ministerium des Inneren (und damit für die Volkspolizei), das MfS sowie für die „Kampfgruppen" zuständig, zu denen insgesamt ca. 350.000 Personen (ohne die ca. 450.000 Angehörigen der „Kampfgruppen") gehörten. Anleitung und Kontrolle durch die ZK-Abteilung Sicherheitsfragen konnten also nur sehr allgemein – weitgehend mittelbar – durch die Politische Hauptverwaltung von NVA/Grenztruppen sowie die SED-Kreisleitungen des Ministeriums des Inneren und im MfS wahrgenommen werden.

140 Übersicht bei Alt (Anm. 112), S. 89. Die hier angegebenen Zuständigkeiten sind allerdings nicht immer zutreffend.

141 Richert (Anm. 130), S. 32

142 Ähnlich wie auf Bezirks- und Kreisebene durch die Bezirks- und Kreisleitungen, vgl. Statut, Ziff. 49 c; vgl. Brunner (Anm. 26) S. 51

143 Richert (Anm. 130), S. 31

2.6. *Die Kontrollorgane der Partei*

Die Grundorganisationen und die Parteileitungen hatten umfassende interne und externe Kontrollbefugnisse über die Parteimitglieder, untergeordnete Parteigliederungen sowie den Staats- und Wirtschaftsapparat.[144] Sie übten diese Kontrolle teilweise unmittelbar, durch den Parteiapparat bzw. die Parteifunktionäre, die Parteimitglieder mit Funktionen im Staats- und Wirtschaftsapparat sowie durch die Parteigruppen in den gewählten staatlichen und gesellschaftlichen Organen aus, teilweise aber auch durch spezielle Kontrollorgane, denen bestimmte Kontrollaufgaben zugewiesen waren. Diese Kontrollorgane waren:

- die Parteikontrollkommissionen,
- die Revisionskommissionen,
- die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion.

2.6.1. *Die Parteikontrollkommissionen*

Parteikontrollkommissionen bestanden auf zentraler Ebene sowie bei den Bezirks- und Kreisleitungen. Diese Institutionen als Organe der Parteileitungen wurden in der SED im Zuge ihrer Umwandlung in eine „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU durch Beschluß des damaligen SED-Parteivorstandes vom 16.9.1948 gebildet.[145] Das ZK berief auf seiner konstituierenden Sitzung die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) und beschloß ihre Zusammensetzung.[146] Die Bezirks- bzw. Kreisparteikontrollkommissionen wurden auf den konstituierenden Sitzungen der Bezirks- bzw. Kreisleitungen berufen. Der Vorsitzende der ZPKK war Mitglied des Politbüros, die Vorsitzenden der Bezirks- bzw. Kreisparteikontrollkommissionen gehörten den Sekretariaten der Bezirks- bzw. Kreisleitungen an.[147] Nach dem XI. Parteitag im April 1986 bestand die ZPKK neben dem Vorsitzenden aus acht Mitgliedern und sechs Kandidaten.

Der ZPKK waren die Parteikontrollkommissionen in den Bezirken und Kreisen unterstellt. Ihre Aufgabe bestand vor allem in der politisch-ideologischen Überwachung der Parteimitglieder, der Abwehr „feindlicher Einflüsse“ wie „opportunistisch-revisionistische Auffassungen“ und „dogmatisches Verhalten“ sowie der Kontrolle über die Einhaltung grundlegender Prinzipien des Parteilebens (insbesondere des „demokratischen Zentralismus“, des Fraktionsverbots, der Parteidisziplin). Sie sollten gegen Parteimitglieder vorgehen, „die sich der Verletzung der Beschlüsse, des Programms und des Statuts der

144 Statut, Ziff. 63; Brunner (Anm. 26), S. 51
145 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 967
146 Statut, Ziff. 44
147 DDR Handbuch (Anm. 59), S. 967

Partei, der Partei- und Staatsdisziplin oder der Parteimoral schuldig gemacht haben."[148] Zur Durchführung dieser Aufgaben arbeiteten sie vor allem mit dem MfS zusammen.[149] Bis 1954 waren die Parteikontrollkommissionen auch für die Kontrolle der Durchführung der Parteitags- und ZK-Beschlüsse unmittelbar zuständig[150], danach wurde dieses Recht den Parteileitungen bzw. ihren Sekretariaten übertragen.[151]

Die Parteikontrollkommissionen hatten außerdem über Einsprüche von Parteimitgliedern gegen einen Parteiausschluß oder eine Parteistrafe zu entscheiden, diese Beschlüsse bedurften der Bestätigung durch die entsprechende Parteileitung.[152] Einsprüche gegen Beschlüsse der Bezirks- bzw. Kreisleitung über Parteiausschlüsse und Parteistrafen wurden von der ZPKK behandelt, deren diesbezügliche Entscheidungen wiederum vom ZK bestätigt werden mußten.[153]

Die Parteikontrollkommissionen konnten nicht unmittelbar gegen Parteimitglieder vorgehen, sondern mußten ihre Ermittlungsergebnisse der zuständigen Parteileitung vorlegen, die gegebenenfalls ein Parteiverfahren einleiteten.[154]

Über die Tätigkeit der Parteikontrollkommissionen wurde in der SED-Presse nur wenig berichtet. Bei den in neuerer Zeit in etwa fünfjährigem Abstand durchgeführten Mitgliederüberprüfungen[155] haben sie zumindest dann eine Rolle gespielt, wenn bei der Überprüfung einzelner Mitglieder von den Parteileitungen Feststellungen getroffen wurden, die zu einem Parteiverfahren und einer Parteistrafe führen können.

2.6.2. *Die Revisionskommissionen*

Die Revisionskommissionen waren Organe der Partei von der Ebene der Kreisleitung aufwärts zur Überprüfung der Zweckmäßigkeit von Organisation und Verwaltungsablauf in den Parteigliederungen, im Parteiapparat und in den Parteieinrichtungen (z. B. Presse, Verlage, Institute), zur Überprüfung der Bearbeitung der Eingaben und sonstigen Anregungen aus der Parteimitgliedschaft und aus der Bevölkerung sowie zur Kontrolle der Finanzwirtschaft und der Parteibetriebe. Sie sollten unter anderem die Parteieinnahmen, die

148 Statut, Ziff. 44 a
149 Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung – Strukturen – Aktionsfelder, Köln 1982, S. 93 ff.; ders.: MfS intern. Macht – Strukturen – Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 11 ff.
150 Statut 1950, Ziff. 46 a
151 Eckart Förtsch/Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1969, S. 59
152 Statut, Ziff. 14
153 Statut, Ziff. 44 b
154 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die SED von A bis Z (Reihe „Die DDR. Realitäten – Argumente"), Bonn 1982, S. 45
155 siehe S. 852

Entrichtung und Weiterleitung der Parteibeiträge, die Verwendung der Finanzmittel der Partei, den ökonomischen Umgang mit dem Parteivermögen und die Finanzwirtschaft der den Parteileitungen unterstehenden Parteiinstitutionen (insbesondere Parteischulen und wissenschaftliche Institute) überwachen.[156] Dazu gehörte außerdem die Überprüfung der Entlohnung der hauptamtlichen Parteifunktionäre und Angestellten, der Personalpläne der Parteileitungen und -institutionen sowie des Arbeitseinsatzes der hauptamtlichen Parteimitarbeiter entsprechend den Nomenklaturbestimmungen.[157]

Hinsichtlich der Überwachung der Eingabenbearbeitung erstreckte sich die Prüfungsbefugnis der Revisionskommissionen auch auf die staatlichen Behörden. Sie sollten schließlich die Kontrollorgane „bestimmter gesellschaftlicher Einrichtungen“ (das heißt wichtiger Massenorganisationen wie FDGB, FDJ usw.) „unterstützen“.

Die Zentrale Revisionskommission (ZRK) wurde vom Parteitag, die Bezirks- bzw. Kreisrevisionskommissionen wurden von den jeweiligen Delegiertenkonferenzen gewählt.[158]

Die Bezirks- und Kreisrevisionskommissionen waren der ZRK unterstellt und arbeiteten auf der Grundlage einer 1984 von der ZRK erlassenen „Direktive für die Tätigkeit der Revisionskommissionen der SED.“[159] Diese Revisionskommissionen waren überwiegend mit ehrenamtlich tätigen Funktionären (bzw. Inhabern anderer Parteiämter) besetzt. Im Prinzip unterstanden sie nicht den Parteileitungen ihrer entsprechenden Ebene, sondern lediglich der übergeordneten Revisionskommission und waren nur gegenüber den Gremien, die sie gewählt hatten (Parteitag, Delegiertenkonferenz) rechenschaftspflichtig. Ihre Tätigkeit war vor der Öffentlichkeit nicht ganz so abgeschirmt wie die der Parteikontrollkommissionen. Insbesondere ihre Berichte an die Delegiertenkonferenzen und an den Parteitag sollten, soweit darin Mängel gerügt und gute Leistungen gelobt wurden, auch als Mittel der Parteierziehung wirken.

2.6.3. *Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion*

Die „Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR“ (ABI) war (neben den politischen Verwaltungen von NVA/Grenztruppen, Ministerium des Inneren und Reichsbahn) eine der wenigen Behörden in der DDR, die sowohl Einrichtung der Partei als auch staatliche Institution waren. Gebildet wurde die ABI nach sowjetischem Vorbild durch gemeinsamen Beschluß des ZK der SED und des Ministerrats vom 14.5.1963 (Vorgängereinrichtung war die „Zentrale

156 Statut, Ziff. 71
157 siehe S. 847 f.
158 Statut, Ziff. 38 c, 51 c
159 Neues Deutschland, 16.4.1984

Kommission für staatliche Kontrolle“, eine rein staatliche Behörde[160]). Die zuletzt gültige Rechtsgrundlage der ABI war ein Beschluß des ZK der SED und des Ministerrats vom 6.8.1974.[161]

Die ABI arbeitete „unmittelbar im Auftrag der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung und unter ihrer Leitung“[162] in Wirtschaft und Verwaltung, um die Einhaltung der Beschlüsse des ZK der SED, der Gesetze und der Geschlüsse des Ministerrats zu überwachen. Ihrer Zuständigkeit waren allerdings einige wichtige Bereiche entzogen: Militär, innere Sicherheit (das heißt Volkspolizei und MfS), Justiz, Außenpolitik, Volksvertretungen, Parteien und gesellschaftliche Organisationen.[163] Schwerpunkte ihrer Kontrolltätigkeit waren die Wirtschaft, das heißt die Überwachung der Planerfüllung, sowie auf örtlicher Ebene Versorgung, Dienstleistungen, Volksbildung, Kultur und Gesundheitswesen.[164]

Die ABI war ein hierarchisch gegliederter Kontrollapparat mit etwa 250.000 überwiegend ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern. Ihre Spitze bildete das „Komitee der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR“ unter Leitung seines Vorsitzenden, der Mitglied des Ministerrats war. Ihm unterstanden Bezirks- und Kreiskomitees, in kreisfreien Städten Stadtkomitees und in den Stadtbezirken der Großstädte Stadtbezirkskomitees der ABI. Kreiskomitees der ABI gab es außerdem in Betrieben und Einrichtungen mit eigener SED-Kreisleitung. Bei den Komitees bestanden Abteilungen und Inspektionen, die die Kontrolle unmittelbar durchführten. Inspektionen der ABI waren auch in zentralgeleiteten und bezirksgeleiteten Kombinaten tätig. Die ehrenamtliche Basis dieses Kontrollapparats waren die Kommissionen der ABI in Betrieben, Betriebsteilen, Genossenschaften und anderen Einrichtungen sowie die „Volkskontrollausschüsse“ in Städten, Gemeinden und Wohngebieten.

Die Komitees der ABI auf Bezirks- und Kreisebene waren Organe des jeweils übergeordneten Komitees und sowohl der zuständigen Parteileitung als auch der örtlichen Volksvertretung rechenschaftspflichtig. Sie arbeiteten nach Kontrollplänen, die vom ZK-Sekretariat und Ministerrat bzw. den Sekretariaten der zuständigen Parteileitungen beschlossen wurden.[165] Auf der Ebene der Kreiskomitees waren dies vom Sekretariat der Kreisleitung beschlossene halbjährliche Kontrollpläne auf der Basis von „Orientierungen“ des ZK-Sekretariats, des Zentralen Komitees der ABI und der Bezirksleitung.[166]

160 vgl. Georg Brunner: Kontrolle in Deutschland. Eine Untersuchung zur Verfassungsordnung in beiden Teilen Deutschlands, Köln 1972, S. 413 ff.
161 GBl. I Nr. 42 vom 30.8.1974, S. 389 ff.
162 ebd., Einleitung
163 ebd., Ziff. 3
164 Brunner (Anm. 160), S. 415 f.
165 Beschluß (Anm. 161), Ziff. 7, 11
166 Neuer Weg, Nr. 24/1984, S. 951

Die Mitglieder des zentralen ABI-Komitees wurden vom Ministerrat „bestätigt und abberufen“[167] (Vorsitzender, Staatssekretär, fünf Stellvertreter des Vorsitzenden, weitere leitende Mitarbeiter der ABI, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, staatlicher Organe und Betriebe), die Mitglieder der nachgeordneten Komitees wurden von den zuständigen örtlichen Volksvertretungen „bestätigt“.[168] Es ist davon auszugehen, daß die Komiteemitglieder von den Parteileitungen nominiert wurden. Die untersten Kontrollorgane, die Kommissionen der ABI und die „Volkskontrollausschüsse“, waren „Kontrollorgane der Leitungen der Parteiorganisationen der SED“[169], aber zugleich den Kreis- bzw. entsprechenden ABI-Komitees unterstellt. In Städten, Wohngebieten, Gemeinden und Ortsteilen mit Ortsleitungen der SED waren die „Volkskontrollausschüsse“ Kontrollorgane dieser Ortsleitungen; sie unterstanden aber außerdem dem zuständigen ABI-Kreiskomitee. Der Kontrollplan der „Volkskontrollausschüsse“ wurde auf der Grundlage von Kontrollaufträgen des ABI-Kreiskomitees und in Abstimmung mit der SED-Ortsleitung aufgestellt.[170]

Die Mitglieder der ABI-Kommissionen und der „Volkskontrollausschüsse“ wurden auf Vorschlag der SED und der Massenorganistionen in Belegschafts- bzw. Einwohnerversammlungen für jeweils zwei Jahre in offener Abstimmung gewählt.[171] Die Mitglieder dieser untersten Kontrollorgane der ABI mußten also nicht unbedingt der SED angehören. Ihre Kontrollaufgaben wurden von den zuständigen Parteileitungen (in der Regel der Leitung der Grundorganisation) beschlossen[172] (oft gleichfalls als Halbjahreskontrollplan). Sie sollten ihre Tätigkeit mit den „Arbeiterkontrolleuren des FDGB“ und den „Kontrollposten der FDJ“ koordinieren[173], deren Leiter stets zugleich den Kommissionen der ABI bzw. den „Volkskontrollausschüssen“ angehörten.[174] Die Kommissionen der ABI waren seit Mitte der sechziger Jahre die wichtigsten Kontrollorgane der Betriebsparteileitungen.[175]

Die Organe der ABI konnten die Abstellung von Mängeln und Rechtsverletzungen sowie die Einleitung rechtlicher Schritte gegen dafür verantwortliche Funktionäre verlangen. Lediglich die Komitees bzw. ihre Vorsitzenden konnten die Anwendung von Sanktionen und die Durchführung besonderer Revisionen fordern, Maßnahmen und Weisungen, die Beschlüssen des ZK der SED, Gesetzen und Ministerratsbeschlüssen widersprachen, aussetzen und

167 Beschluß (Anm. 161), Ziff. 8
168 ebd., Ziff. 12
169 ebd., Ziff. 16
170 Günther Hoffmann u. a.: Handbuch für den Bürgermeister, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1984, S. 106 f.
171 Beschluß (Anm. 161), Ziff. 18
172 ebd., Ziff. 16
173 ebd., Ziff. 19
174 ebd., Ziff. 18
175 vgl. Peter Christian Ludz: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. Aufl., Köln – Opladen 1968, S. 134

ihre Aufhebung verlangen, gegebenenfalls die Angelegenheit einem Untersuchungsorgan zwecks Strafverfolgung übergeben sowie bei Behinderung der Kontrolle und Nicht- oder Schlechterfüllung von Auflagen der ABI selbst Ordnungsstrafen verhängen.[176]

3. *Zur Rolle und Situation der Funktionäre*

Die Funktionärsschicht, auf die die SED-Führung für ihre Machtausübung und -erhaltung angewiesen war, umfaßte etwa drei Prozent der ca. 12 Millionen erwachsenen Bürger in der DDR, also etwa 300.000 bis 400.000 Personen und damit nur eine Minderheit unter den 2,3 Millionen Mitgliedern der SED im Sommer 1989. Die gesamte Funktionärsschicht, einschließlich mehrerer hunderttausend Kleinfunktionäre ohne Einfluß, war erheblich größer, wie eine Übersicht über Funktionen, die Mitglieder der SED in der Partei selbst, in den beiden wichtigsten Massenorganisationen Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) und Freie Deutsche Jugend (FDJ) sowie in den Volksvertretungen aller Ebenen im Jahre 1986 innehatten, zeigt:

691.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre in der SED.

590.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre im FDGB.

185.000 SED-Mitglieder waren Funktionäre in der FDJ.

270.000 SED-Mitglieder waren Propagandisten im Parteilehrjahr, im FDJ-Studienjahr und in der FDGB-Schulung.

133.000 SED-Mitglieder waren Abgeordnete der Volksvertretungen aller Ebenen.[177]

Somit waren nur in den in dieser Übersicht aufgeführten Bereichen fast 1,9 Millionen Funktionen in der SED, den beiden wichtigsten Massenorganisationen und in den Volksvertretungen mit SED-Mitgliedern besetzt. Dabei sind der Staats- und Wirtschaftsapparat, die Sicherheitsorgane, die vormilitärische „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), die Parteimiliz der SED („Kampfgruppen der Arbeiterklasse“) und weitere Massenorganisationen nicht berücksichtigt. Da viele Funktionäre mehrere Funktionen gleichzeitig ausübten, also „Multifunktionäre“ waren, lag die Gesamtzahl der Funktionäre in der SED-Mitgliedschaft bei ca. 1,2 Millionen Personen. „Systemträger“ im eigentlichen Sinne des Wortes waren vor allem die meisten der 44.000

176 Beschluß (Anm. 161), Ziff. 24

177 Erfolgreicher Weg der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zahlen und Fakten (Informationsmaterial zum XI. Parteitag der SED), Berlin (Ost) 1986, S. 133

hauptamtlichen SED-Funktionäre (1989)[178], ein Teil der über 88.000 Parteisekretäre (1987)[179], der über 21.000 Mitglieder und Kandidaten der Bezirks- und Kreisleitungen (1986)[180] und der etwa 150.000 Funktionäre in Massen- und gesellschaftlichen Organisationen. Zur systemtragenden Funktionärsschicht zu rechnen sind außerdem die Angehörigen des Militär- und Sicherheitsbereichs, die als Funktionäre zu betrachten sind und nahezu ausnahmslos der SED angehörten: mindestens etwa 50.000 der etwa 85.000 hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter[181], ca. 40.000 Offiziere von NVA und Volkspolizei[182] und etwa 150.000 Funktionäre in der Verwaltung und in der Staatswirtschaft.

Die für den Bestand der SED-Diktatur wichtige Funktionärsschicht konnte bis zum Untergang dieses Regimes auch mit den Begriffen „Parteiaktiv" und „Nomenklatur-Kader" beschrieben werden. Das „Parteiaktiv" als Kern von etwa 250.000 besonders einsatzbereiten und zuverlässigen Funktionären ist noch unter Ulbricht in den fünfziger Jahren geschaffen worden und diente der SED-Führung bei bestimmten politischen Anlässen und in Krisensituationen als politische „Eingreiftruppe".[183] Die Bedeutung des „Parteiaktivs" ist nach übereinstimmenden Angaben von Zeitzeugen allerdings in den letzten Jahren des SED-Regimes geringer geworden; es war dann nur noch eine in ihrer Zusammensetzung unterschiedliche Gruppe von Multiplikatoren zur propagandistischen Umsetzung der aktuellen Parteilinie. Die Nomenklaturkader, die zum Teil auch dem „Parteiaktiv" angehörten, waren jene Funktionäre in der Partei, in den Massenorganisationen, in Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen und Sicherheitsorganen, die die Parteizentrale und – soweit es um Funktionäre mittlerer und unterer Ränge ging – regionale Parteileitungen für die Besetzung wichtiger Funktionen als geeignet angesehen hatten. Diese Positionen waren in sehr differenzierten und geheimgehaltenen Verzeichnissen der Parteileitungen, der Staatsorgane, der Massenorganisationen und anderer Institutionen,

178 Gregor Gysi auf der Klausurtagung des PDS-Vorstandes am 12./13. Mai 1990, in: Neues Deutschland, 16.5.1990; Angaben auf der PDS-Vorstandstagung am 21.7.1990, in: Neues Deutschland, 23.7.1990.

179 Parteisekretäre von 59.531 Grundorganisationem und von 29.018 Abteilungsparteiorganisationen in der SED im Jahre 1987; Angaben in: Die Reihen der SED qualitativ weiter gestärkt (Bericht des Politbüros über die Mitgliederbewegung in der SED 1987), Neues Deutschland, 6.1.1988.

180 Den im Januar 1986 gewählten Kreis-, Stadt- und Stadtbezirksleitungen der SED gehörten 19.578 Mitglieder an; Neues Deutschland, 22.1.1986

181 Karl Wilhelm Fricke: MfS intern (Anm. 149), S. 21.

182 Etwa 15 Prozent der Gesamtstärke der NVA und der Volkspolizei, berechnet nach: Thomas M. Forster: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, 6. Aufl., Köln 1983, S. 136 ff.; DDR Handbuch (Anm. 59), S. 275.

183 Auf der 16. Plenartagung des ZK der SED am 17. September 1953 wurde die Bildung eines Parteiaktivs von 150.000 bis 200.000 Mitgliedern beschlossen (vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, 11. Aufl., Bonn 1969, S. 459 f.). In den letzten Jahren des SED-Regimes zählte das Parteiaktiv in jedem der 14 DDR-Bezirke und Ost-Berlin durchschnittlich um etwa 20.000 Mitglieder.

den Nomenklaturen bzw. Nomenklaturlisten, aufgeführt.[184] Dem vom Nomenklatursystem erfaßten Personenkreis dürften einige hunderttausend Fach- und Führungskräfte – „Kader“ in kommunistischer Terminologie – angehört haben. Offizielle Angaben über die Entsendung von Nomenklaturkadern zu Weiterbildungslehrgängen an Parteischulen in den siebziger und achtziger Jahren vermitteln eine ungefähre Vorstellung über die Zahl der Nomenklaturkader. Von 1971 bis 1980 nahmen 339.000, von 1981 bis 1986 320.000 Nomenklaturkader an solchen Lehrgängen teil.[185]

Bei 2,3 Millionen Parteimitgliedern gegen Ende der achtziger Jahre konnte für die SED-Führung die Parteizugehörigkeit allein nicht ausreichendes Loyalitätskriterium sein. Mit Hilfe des mit dem zentralen Parteiapparat und nicht zuletzt mit dem MfS eng verbundenen Kaderapparats und des Nomenklatursystems versuchte sie, aus dem Millionenheer der Parteimitglieder und teilweise auch aus Parteilosen und Mitgliedern der nichtkommunistischen Blockparteien die für die Stabilität ihres Regimes benötigten zuverlässigen Systemträger auszuwählen, sich ein hierarchisch strukturiertes Kadersystem zu schaffen.

Nur ausnahmsweise wurden die Regeln für den Aufstieg in die Funktionärsschicht und für die Karriere der Kader in der DDR veröffentlicht. Eine solche Ausnahme bildete der Beschluß des ZK-Sekretariats über die Arbeit mit den Kadern vom 7.6.1977, in dem die Pflichten der Kader allgemein und, wenn man sie denn ernst nehmen wollte, eigentlich unerfüllbar formuliert waren (vergleichbar mit den Pflichtenkatalogen in Programm und Statut der SED).[186] Die zusammenfassende Wiedergabe der die ganze Person erfassenden nahezu grenzenlosen Ansprüche in diesem Kaderbeschluß an die „leitenden Kader“ (darunter fielen in der Theorie auch z. B. Sachbearbeiter, Betriebsmeister und ehrenamtlich tätige Parteifunktionäre) zeigt, daß die Kaderpolitik der SED ihr Ziel, eine wirklich fähige, einsatzbereite und in Krisensituationen belastbare Kadertruppe zu schaffen, so nicht erreichen konnte:

– „Unbedingte Treue zur Arbeiterklasse“, zur SED und zum Marxismus-Leninismus, ständiges Bemühen um das Erfassen des Marxismus-Leninismus und der Parteibeschlüsse, Einsatz für die Verwirklichung der

184 Einzelheiten siehe bei Glaeßner (Anm. 111), S. 239 ff.; Manfred Uschner (Anm. 127), S. 98 ff. Mit der „Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur der Kreisleitung Greifswald“ vom 4.8.1989 und der dazugehörenden Kadernomenklatur dieser Kreisleitung wurden 1990 erstmals detaillierte Dokumente über das Nomenklatursystem auf regionaler Ebene veröffentlicht. Vgl. Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Arbeitsgruppe Staatssicherheit: Abschlußbericht der Arbeitsgruppe Staatssicherheit des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald; Greifswald, Februar 1990, S. 119 ff., 124 ff.

185 Anneliese Bräuer/Horst Conrad: Kaderpolitik der SED – fester Bestandteil der Leitungstätigkeit (Reihe „Der Parteiarbeiter“), Berlin (Ost) 1981, S. 40; Bericht des Politbüros an die 3. Plenartagung des ZK der SED (20./21.11.1986), in: Neues Deutschland, 21.11.1986.

186 Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern vom 7. Juni 1977 (Anm. 131)

Parteibeschlüsse, Propagierung des Marxismus-Leninismus; kompromißloser Kampf gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie;

- unbedingte Loyalität sowohl gegenüber der DDR als auch gegenüber der KPdSU, der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft sowie zum „proletarischen Internationalismus“;
- konsequente Erfüllung der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das heißt Umsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED; Förderung der sozialistischen ökonomischen Integration, selbstlose Einsatzbereitschaft, aktive Beteiligung an Agitation und Propaganda;
- Parteilichkeit (das heißt Beurteilung jeder Angelegenheit vom Standpunkt der SED aus), Sachkenntnis, Disziplin, schöpferische Initiative, Bescheidenheit und vorbildliche Haltung in der Arbeit und im Privatleben, menschliche Reife, Kampf gegen die Verletzungen gesellschaftlicher Pflichten, gegen Subjektivismus und Schönfärberei, Entfaltung von Kritik und Selbstkritik; hohe politische und fachliche Kenntnisse, Führungsqualität (enge Verbindung zum Kollektiv, richtiges Verhältnis von kollektiver Leitung und persönlicher Verantwortung, Entwicklung der Fähigkeiten der unterstellten Mitarbeiter und ihre Einbeziehung in Leitung und Planung, Beachtung ihrer Hinweise und Vorschläge), Beherrschung der modernen Leitungsmethoden;
- Wahrung von Partei- und Staatsgeheimnissen, strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Ordnung und Sicherheit.[187]

Neben der politischen und ideologischen Zuverlässigkeit spielte die fachliche Qualifikation eine, in verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte allerdings unterschiedliche, Rolle. Die Karriere der Funktionäre hing in der Praxis auch von anderen, schriftlich nicht oder nur in Geheimdokumenten fixierten Kriterien ab: familiärer Hintergrund (ein Teil des Funktionärscorps, vor allem im Militär- und Sicherheitsapparat, regenerierte sich „aus sich selbst heraus“, das heißt Ehegatten, Kinder und Enkel wurden in den jeweiligen Apparat nachgezogen), keine Westverwandtschaft oder wenigstens Verzicht auf private Westkontakte, ständige Leistungs- und Loyalitätsnachweise (als Loyalitätsbeweis wurde oft, aber nicht zwingend, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS erwartet), positive Beurteilung durch das MfS und oft auch persönliche Beziehungen. Es ist anzunehmen, daß die meisten SED-Mitglieder und viele der unteren Funktionäre über die Praktiken der Kaderpolitik der SED, das Nomenklatursystem und ihren eigenen Platz in diesem System sowie über den ihnen vom Kaderapparat vorgezeichneten Entwicklungsweg nicht oder nur wenig informiert waren.

187 ebd.

Die personelle Überbesetzung des Herrschaftsapparats der SED, die aufgeblähte Kaderbürokratie mit ihren schwerfälligen und undurchschaubaren Personalentscheidungen und vielen Hemmnissen für den Aufstieg befähigter Funktionäre gehörte zu den wesentlichen Schwächen des SED-Regimes. Diese Schwäche war auch nicht dadurch auszugleichen, daß hohe Funktionäre, sofern sie über einige Zivilcourage und Geschick verfügten, sich ihren Mitarbeiterstab nach ihren Bedürfnissen zusammenstellen und das starre Nomenklatursystem mehr oder weniger unterlaufen konnten, wie dies der PDS-Bundestagsabgeordnete Dietmar Keller, stellvertretender Kulturminister der DDR von 1984 bis 1989, am 22.1.1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" berichtete.[188] Außer Generalsekretär Honecker konnten jedoch nur sehr wenige Spitzenfunktionäre durch Einzelentscheidung, die lediglich formal durch ein Parteigremium zu bestätigen war, einen anderen hohen Funktionär absetzen (so z. B. geschehen mit dem Ost-Berliner Parteichef Konrad Naumann und mit ZK-Sekretär Herbert Häber Ende 1985 auf Veranlassung Honeckers[189]).

Die Funktionärshierarchie in der SED wurde durch zahlreiche Regeln, Strukturen und Maßnahmen gestaltet und aufrechterhalten. Die in der Öffentlichkeit nach dem Sturz des SED-Regimes viel diskutierten und zuweilen überbewerteten Privilegien waren als solche nur unter den Bedingungen der in der DDR herrschenden Mangelversorgung zu verstehen. Unter diesen Bedingungen waren sie jedoch sehr wirksam, vor allem dann, wenn der Nutznießer solcher Privilegien im Falle der Insubordination mit ihrem Verlust und dem Abstieg in die „herrschende Klasse" – die „Arbeiterklasse" – zu rechnen hatte.

Solche viele Funktionäre an die SED und ihre Führung bindenden Privilegien waren u. a. Vergünstigungen bei der Wohnraumversorgung und der Zuteilung von knappen hochwertigen Konsumgütern (insbesondere Pkw), Zugang zu für DDR-Verhältnisse luxuriösen Urlaubseinrichtungen, bessere medizinische Versorgung, teilweise erheblich überdurchschnittliche Entlohnung, verbesserte berufliche Karrierechancen, Vorteile bei der Zulassung der Kinder zu höheren Bildungseinrichtungen (Erweitertete Oberschule mit Abitur) und zum Hochschulstudium, auch ein gewisser Schutz vor Zugriff oder direkter Belästigung durch das MfS (allerdings nicht vor Überwachung durch das MfS, wie inzwischen aus zahlreichen MfS-Akten ersichtlich ist).

Für die meisten Funktionäre konnten die in der Regel bescheidenen Privilegien die physischen und psychischen Belastungen durch die Funktionärsarbeit, oft durch Ausübung mehrerer Ämter in einer Person, nicht ausgleichen:

188 Keller (Anm. 41); vgl. dazu auch Erhard Crome: Die SED. Umrisse eines Forschungsproblems, in: Deutschland Archiv, Nr. 12/1992, S. 1288 ff. (1293 f.)

189 Formal beschlossen auf der 11. Plenartagung des ZK der SED am 22.11.1985, vgl. Neues Deutschland, 23./24.11.1985

erheblicher Verlust an Freizeit, auch für Funktionäre der untersten Ebenen, durch die Mitgliederversammlungen der SED, das Parteilehrjahr, Schulungen, Instruktionen, Leitungssitzungen in der SED und in den Massenorganisationen usw. Damit konnte auch die Isolierung unter Kollegen an der Arbeitsstelle und in der Freizeit verbunden sein. Belastend wirkte vor allem das Verbot von Westkontakten, das ebenfalls für die Familie galt und selbst dann noch zu beachten war, als ab Mitte der achtziger Jahre in der DDR die Westreisebestimmungen allgemein gelockert wurden. Das Verbot von Westkontakten versperrte den Funktionären außerdem weitgehend den Zugang zu den begehrten Westdevisen und benachteiligte sie damit spürbar gegenüber der übrigen Bevölkerung. Da die SED-Führung der Masse ihrer Funktionäre schon aus ökonomischen Gründen keine wirklich zufriedenstellenden Privilegien bieten konnte, wurde versucht, durch prestigefördernde und für die Partei kostengünstige Belohnungen einen Ausgleich zu schaffen, insbesondere durch die in der DDR reichlich verteilten Orden, Ehrenzeichen und Ehrentitel und generell durch die Vorspiegelung der Illusion, auch der kleine Funktionär gehöre zu der in der DDR herrschenden Elite.

Auf der anderen Seite führten die echten oder scheinbaren Privilegien in ein oft recht dauerhaftes Abhängigkeitsverhältnis zum Partei- und insbesondere zum Kaderapparat. Wer durch Eigeninitiative oder Widerspruch unangenehm auffiel und deshalb gemaßregelt wurde, insbesondere durch Parteiausschluß, mußte außer mit dem Verlust von Funktionärsprivilegien auch mit dem Verlust der beruflichen Existenz (das konnte ebenfalls den Ehepartner treffen) und finanziellen Einbußen, Verlust einer eventuell überdurchschnittlich komfortablen Wohnung und Zerstörung der Ausbildungschancen der Kinder rechnen.[190]

Durch die Verpflichtung auf die bereits erwähnten Kataloge unerfüllbarer Anforderungen insbesondere in Parteiprogramm und -statut verstand es die Parteiführung, die Mitglieder und Funktionäre in ständige Unsicherheit, in ein Abhängigkeits- und Schuldverhältnis gegenüber der Parteizentrale zu versetzen. Jedem noch so eifrigen SED-Mitglied hätte man Verstöße bereits gegen einen einzigen der 11 Abschnitte des Pflichtenkatalogs im Parteistatut vorwerfen können, z. B. gegen das Gebot,

> „aktiv die Parteibeschlüsse zu verwirklichen, unablässig die Deutsche Demokratische Republik allseitig zu stärken, für ein hohes Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion, die Erhöhung der Effektivität, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu wirken; eine vorbildliche sozialistische Einstellung zur Arbeit zu beweisen, Bahnbrecher des Neuen zu sein, bei der Verbreitung der fortschrittlichen Erfahrungen in der Produktion an der Spitze zu stehen, den

190 Manfred Uschner (Anm. 127), S. 82 ff.

anderen Arbeitskollegen Achtung und Aufmerksamkeit entgegenzubringen und vorbildlich die gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen; ...“[191]

Jedes Parteimitglied, das vorsätzlich oder fahrlässig den Unwillen höherer Parteiinstanzen erregte, konnte unter Berufung auf diese Pflichtenkataloge mit einer Disziplinarmaßnahme bestraft und im schlimmsten Fall beruflich ruiniert werden.

Ein in regelmäßigen Abständen angewandtes Mittel, die Mitglieder und Funktionäre immer wieder zu verunsichern und zu disziplinieren, waren die Mitgliederüberprüfungen, die zuletzt 1980 und 1985 stattfanden und zwischen September und Dezember 1989 erneut vorgenommen werden sollten, was dann freilich im Chaos des Untergangs der SED steckenblieb. Zwar hatten diese Überprüfungen nicht mehr, wie 1951, eine großangelegte Parteisäuberung zur Folge, bedeuteten aber für die Mitglieder und die Masse der Funktionäre die Überprüfung ihrer ideologischen Standfestigkeit und Parteitreue durch sogenannte „vertrauensvolle persönliche Gespräche“, verbunden mit moralischem Druck zur Übernahme von „Parteiaufträgen“, zur Abgabe von „Selbstverpflichtungen“ usw. Kaum jemand in der SED konnte sicher sein, ob die Mitgliederüberprüfung für ihn nicht nachteilige Folgen haben würde.

Ob das System von politischem und moralischem Druck auf die Parteimitglieder über das SED-Statut, andere Anweisungen der Parteizentrale, Mitgliederüberprüfungen, die ständigen Wettbewerbskampagnen in der Partei usw. Teil eines umfassenden und systematisch entwickelten Konzepts zur Lenkung und Disziplinierung des Parteivolks war, ist von der Forschung noch zu klären. Bisher gibt es keine Hinweise, daß die Parteiführung oder Teile des Parteiappararats Überlegungen zur Kosten-Nutzen-Relation des Aufwands für Parteiwahlen, Mitgliederüberprüfungen usw. angestellt hätten. Dieser Aufwand war personell und wohl auch finanziell enorm. So waren bei der Mitgliederkontrolle im Jahre 1980 etwa 300.000 meist ehrenamtliche Funktionäre zur Durchführung der „vertrauensvollen Gespräche“ mit den damals etwa 2,1 Millionen Mitgliedern und Kandidaten der SED eingesetzt. Jeder Parteigruppenorganisator (Leiter einer Parteigruppe, der kleinsten Organisationseinheit in der SED) mußte damals 15, jeder Sekretär einer Grundorganisation oder Abteilungsparteiorganisation 50 bis 100 solcher Gespräche führen. In einem Großbetrieb wie den Leuna-Werken fanden damals täglich über 200 solcher Überprüfungsgespräche statt.[192]

Die innerparteiliche Informationspolitik war ein weiteres Instrument der Parteiführung zur Gestaltung und Erhaltung der Funktionärshierarchie. Dazu

191 Statut, Ziff. 2 b
192 Neues Deutschland, 1./2.3.1980

gehörte ein aufwendiges Berichtswesen von unten nach oben (Parteiinformation), das allerdings oft in der Ablieferung schöngefärbter Falschinformationen bestand, weil die Berichterstatter, wenn sie zu viele Fehler und Schwachstellen meldeten, mit Nachteilen für sich selbst rechneten. Auf der anderen Seite gab es von oben nach unten ein nach Rangstufen sorgfältig differenziertes Informationssystem für die Funktionäre durch Beratungen mit übergeordneten Leitungen durch Ausgabe interner Informationsmaterialien (z. B. die ohne Herausgeber- und Verfasserangaben verbreiteten „Informationen" mit in den DDR-Medien nicht veröffentlichten Texten über Reisefreiheit, Lebensstandard, Parteistrafen u. a.). Im Parteilehrjahr, einem Massenschulungsbetrieb mit jährlich 1,6 Millionen Teilnehmern und über 100.000 Schulungsleitern („Propagandisten"), führte man in Berlin und in den Bezirkshauptstädten die Veranstaltungsreihe „Vorträge und Seminare für leitende Kader und Parteisekretäre" durch, zu der Mitte der achtziger Jahre etwa 50.000 Parteifunktionäre zugelassen wurden[193], denen die Zentrale so Exklusivinformationen – oder was sie dafür hielt – einschließlich vertraulich zu behandelnder Hinweise vermittelte.

4. *Neuere Literatur und Forschungen*

An dieser Stelle sind lediglich einige Hinweise auf nach 1990 publizierte Literatur zum Gegenstand des Berichts – die Machthierarchie der SED im letzten Jahrzehnt der DDR-Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Partei – möglich. Auf Zeitschriftenveröffentlichungen wird nur in Ausnahmefällen eingegangen. Die umfangreiche Literatur über das MfS, das in der Machthierarchie der SED eine besondere Rolle spielte, im Bericht aber nur am Rande behandelt wird, kann hier ebenfalls nicht erörtert werden. Nicht berücksichtigt sind hier auch Expertisen, Berichte und Sitzungsprotokolle der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland".

Vorab ist festzustellen, daß auch in der Mitte des Jahres 1994 relativ wenige Ergebnisse der Erforschung von Strukturen, Informations- und Befehlswegen, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, des Nomenklatur-Systems und ähnlicher Bereiche in der SED an die Öffentlichkeit gelangt sind. Es zeigt sich, daß die prinzipielle Zugänglichkeit der bis 1989/90 verschlossenen Archive in der DDR der freien Forschung keineswegs sofort alle Möglichkeiten eröffnet hat. Die Erschließung der Bestände nimmt Zeit in Anspruch, die zahlreichen Interessenten müssen Wartezeiten in Kauf nehmen. Die bessere Erschließung und weniger gezielte Vernichtung bei Archivbeständen aus früheren Phasen

193 Erfolgreicher Weg... (Anm. 177), S. 135

der DDR-Geschichte mag ein Grund dafür sein, daß über die Zeit bis etwa zu Beginn der siebziger Jahre bisher mehr an Forschungsergebnissen veröffentlicht wurde als über das letzte Jahrzehnt der DDR.

Da die systematische Erforschung des Herrschaftssystems in der DDR unter Nutzung der SED-Archive der Öffentlichkeit vorerst nur begrenzt zugute kommt, sind wichtige Publikationen der westdeutschen DDR-Forschung vor dem Ende des SED-Regimes nach wie vor unverzichtbare Informationsquellen. Als Beispiele aus dieser umfangreichen Literatur seien hier erwähnt von Ernst Richert „Macht ohne Mandat“ (1958/63[194]), Peter Christian Ludz „Parteielite im Wandel“ (1967/70[195]), Gero Neugebauer „Partei und Staatsapparat in der DDR“ (1978[196]), das „DDR Handbuch“ (1985[197]) und Helmut Alt „Die Stellung des Zentralkomitees der SED im politischen System der DDR“ (1987[198]).

Die Autoren der seit 1990 in den alten Bundesländern veröffentlichten Monographien und Sammelbände zur DDR-Forschung stützten sich überwiegend noch auf offen zugängliche DDR-Quellen. Gerd Meyer hat das Manuskript seiner Monographie „Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker“ (1991[199]) im März 1990 abgeschlossen. Die wesentlichen Arbeiten daran waren aber im Herbst 1989 beendet, so daß nur bis zu diesem Zeitpunkt verfügbare Daten und Quellen verwendet wurden. Die wesentlichen Merkmale des Herrschaftssystems der DDR sind treffend so erfaßt, daß auch die Nutzung von nach 1990 zugänglichen Quellen die Ergebnisse nicht wesentlich verändert hätte. Das gilt u. a. für die Hegemonialrolle der SED, die Durchdringung des Staatsapparats mit den SED-Strukturen, die Machtkonzentration in der SED-Spitze, die Kaderpolitik und das Fehlen jeder Form von Demokratie, Pluralismus und innerparteilicher Opposition. Sigrid Meuschels 1992 veröffentlichtes Buch „Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR“[200] ist das Ergebnis eines von 1986 bis 1989 laufenden Forschungsprojekts und wurde Mitte 1991 abgeschlossen. Die soziologisch-historische Untersuchung bemüht sich um eine Klärung der relativen Stabilität des SED-Regimes während nahezu der gesamten Existenz der DDR und befaßt sich in den Schlußbemerkungen (S. 306 ff.) mit den Hintergründen des Zusammenbruchs des Regimes. Auch die Monographie von Christiane Lemke „Die Ursachen des Zusammenbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR“, erschienen 1991[201], stützt sich auf bis 1990 zugängliche DDR-Quellen, ergänzt durch

194 siehe Anm. 130
195 siehe Anm. 175
196 siehe Anm. 31
197 siehe Anm. 59
198 siehe Anm. 112
199 Gerd Meyer: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Stuttgart 1991
200 Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992
201 Christiane Lemke: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991

Beobachtungen und Expertengespräche. Einander gegenübergestellt werden auf dieser Basis die offizielle politische Sozialisation und Oppositionsgruppen, insbesondere solche unter dem Schutzdach der Kirche. Bezeichnend für die noch lange nach dem Ende des SED-Regimes für DDR-Forscher unbefriedigende Arbeitssituation ist die Auskunft, die Eberhard Schneider bei der Arbeit an seinem Buch „Die politische Funktionselite der DDR“ (1994; Habil.-Schrift 1993[202]) aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED erhielt. Dort gebe es, so teilte man ihm 1991 mit, keine Unterlagen über Beschlüsse oder Festlegungen hinsichtlich der Grundsätze oder Kriterien der Kaderauswahl für Mitglieder des Politbüros, des ZK und der Zentralen Revisionskommission. Somit war Schneider bei seinen Untersuchungen über die Funktionselite (der obersten Ebene) im wesentlichen auf Literatur, Daten und biographische Angaben aus der Zeit vor 1989 angewiesen und mußte sich auf exemplarisches Vorgehen beschränken. Überwiegend auf den Ergebnissen der DDR-Forschung vor 1989 basiert auch die von der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR herausgegebene Monographie von Rüdiger Henkel „Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR“ (1994[203]). In der dort enthaltenen Übersicht über Ideologie, Geschichte, Organisationsprinzipien, Führungsgremien, den Aufbau der SED und die Kaderpolitik finden sich einige Hinweise auf Aussagen von Zeitzeugen (ehemaligen SED-Funktionären) über die Regie von SED-Parteitagen und -Delegiertenkonferenzen, entsprechende „Drehbücher“ und über die Vorbereitung der „Diskussionsbeiträge“. (S. 79) Der von Klaus König herausgegebene Sammelband „Verwaltungsstrukturen der DDR“ (1991[204]; abgeschlossen im September 1990) enthält 15 Beiträge, überwiegend von Wissenschaftlern der ehemaligen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR Potsdam-Babelsberg (1990: Hochschule für Recht und Verwaltung) über die Tätigkeit der Staatsverwaltung auf zentraler und regionaler Ebene. Die Rolle der SED wird allenfalls am Rande berührt. Verwendet werden auch hier nahezu ausschließlich offizielle DDR-Quellen. Einigermaßen aufschlußreich ist einer der sechs Beiträge von Gerhard Schulze (Potsdam) über Verwaltungspersonal und Verwaltungsausbildung mit Informationen über die Kadergewinnung und -entwicklung sowie über die Bedeutung der Nomenklatur beim Kadereinsatz (S. 157 ff.). Im Anhang finden sich einige Dokumente, unter denen das Muster einer Nomenklatur-Ordnung auf Bezirksebene aus dem Jahre 1987 das wichtigste sein dürfte (S. 395 ff.). Ausführungen zur Kaderpolitik enthält auch die im Wintersemester 1989/90

202 Eberhard Schneider: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994

203 Rüdiger Henkel: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994

204 Klaus König (Hrsg.): Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991

eingereichte und bis zum Stand von Mitte 1991 ergänzte Dissertation von Christoph Hauschild „Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat“[205], insbesondere über die Besetzung von Führungspositionen bei den Räten im Rahmen des Nomenklatursystems (S. 223 ff.) und die Besetzung von Bürgermeisterposten (S. 227 f.). Zu erwähnen sind schließlich zwei Beiträge in den von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf herausgegebenen Sammelbänden „ANsichten zur Geschichte der DDR“ (1993/94[206]). Detlef Eckert und Lutz Prieß („Zu Verhaltensmustern der SED-Führung in Krisensituationen der DDR – politischer Machtanspruch kontra Demokratie“[207]) berichten über den Ausbau, die Strukturen und die Funktionsweise des zentralen Parteiapparats bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre mit Strukturskizzen anhand bislang unveröffentlichter Materialien aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv. Helmut Bock („Partei – Staat – bürokratische Kaste“[208]) liefert eine schonungslose Analyse über den „staatsmonopolitischen Sozialismus in der DDR“, die die Machthierarchie bestimmenden Grundsätze (z. B. den „demokratischen Zentralismus“), die Verknüpfung von Partei, Staat und Wirtschaft, die totalitäre Organisation von Staat und Gesellschaft sowie die Herausbildung der herrschenden Kaste.

Am bekanntesten unter den nicht sehr zahlreichen Dokumentationen über die Führungsspitze und die Strukturen in der SED sind bisher die beiden Bände „Tatort Politbüro“ von Peter Przybylski, langjähriger Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Band 1 („Die Akte Honecker“, 1991[209]) enthält neben einer weitgehend polemischen Auseinandersetzung mit dem SED-Chef 42 Dokumente, von denen aber nur wenige etwas über den Ablauf von Entscheidungsprozessen im Politbüro aussagen; Angaben über Zuständigkeiten, Entscheidungsabläufe, Informationswege fehlen weitgehend. Ähnlich zu bewerten ist Band 2 („Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski“, 1992[210]), in dem das Geschäftsimperium von SED/MfS „Kommerzielle Koordinierung“ im Vordergrund steht. Dem dazu enthaltenen Dokumententeil fehlen allerdings ausreichende Quellenangaben. Erheblich seriöser ist die von Gerd-Rüdiger Stephan herausgegebene Dokumentation „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ (1994[211]) mit zahlreichen Dokumenten aus den

205 Christoph Hauschild: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat. Eine vergleichende Untersuchung, Baden-Baden 1991

206 Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf: ANsichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1 und 2, Bonn – Berlin 1993; Bd. 3, Bonn – Berlin 1994

207 ebd., Bd. 1, S. 99 ff.

208 ebd., Bd. 3, S. 71 ff. Dieser Text ist auch gesondert erschienen in Bern, 1993, und hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e. V., Potsdam 1992.

209 Peter Przybylski: Tatort Politbüro (1). Die Akte Honecker, Berlin 1991

210 Ders.: Tatort Politbüro (2) Honecker, Mittag, Schalck-Golodkowski, Berlin 1992

211 Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR, Berlin 1994

Jahren 1988/89 zu Fragen der inneren Sicherheit, zur Wirtschaftslage, zu Ausreisewelle und Botschaftsbesetzungen usw. u. a. aus den ZK-Abteilungen Sicherheit und Parteiorgnae sowie aus Politbüro-Vorlagen. Besonders verdienstvoll ist schließlich die Dokumentation der Nomenklatur-Ordnung und der Kader-Nomenklatur der SED-Kreisleitung Greifswald vom 14.7.1989 in dem fast wie eine Samisdat-Publikation hergestellten und heute kaum noch zu beschaffenden „Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald“ (1990[212]). Hier finden sich auch eine Fülle weiterer Informationen über die Machtausübung der SED auf der Kreisebene. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die 1993 veröffentlichte Broschüre der Abgeordnetengruppe PDS/LL des Deutschen Bundestages und der Fraktion LL-PDS im Sächsischen Landtag über die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen mit dem Statut dieser Einsatzleitungen vom 27.10.1981.[213]

Eine Reihe von Dokumenten über innerparteiliche Vorgänge, insbesondere über die zunehmende Distanzierung von Teilen der Parteibasis von der Führung, enthält die von Manfred Behrend und Helmut Meier herausgegebene Dokumentation „Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS“ (1991[214]), überwiegend zu DDR-Zeiten veröffentlichte Texte, aber auch einige interne Materialien im wesentlichen aus der Zeit von 1979 bis Februar 1990.

Veröffentlicht wurde seit 1990 eine Reihe von Reportagen, Berichten und Analysen, verfaßt von nachrangigen Zeitzeugen und Journalisten, Publikationen, die vor allem in der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes von aktuellen Informationsbedürfnissen der Öffentlichkeit geprägt waren. Zur letzteren Gruppe zählen Bücher wie der Bericht von Hannes Bahrmann und Peter-Michael Fritsch „Sumpf. Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte“ (1991[215]) und die Reportage von Peter Kirschey „Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft“ (1990[216]). Sie enthält u. a. Interviews mit den Politbüro-Mitgliedern Sindermann und Mückenberger, außerdem einige Angaben über Entscheidungsabläufe und Verfahrensweisen im Politbüro sowie in der Agitationskommission im Kapitel über die Verhandlungen der Zentralen Schiedskommission der SED/PDS über den Parteiausschluß von Spitzenfunktionären.[217] Bei der Wiedergabe der Ausführungen der Ausgeschlossenen wird deutlich, daß sie dort detailliertere Aussagen

212 siehe Anm. 184

213 Abgeordnetengruppe PDS/LL des Bundestages/Fraktion LL-PDS im Sächsischen Landtag (Hrsg.): Dichtung und Wahrheit über die Einsatzleitungen , o. O. 1993. Vgl. zu den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen Hubertus Knabe: Die geheimen Lager der Stasi, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 4/93 vom 22.1.1993, S. 23 ff.

214 Manfred Behrend/Helmut Meier: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS, Berlin 1991

215 Hannes Bahrmann/Peter-Michael Fritsch: Sumpf. Privilegien – Amtsmißbrauch – Schiebergeschäfte, Berlin 1991

216 Peter Kirschey: Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft, Berlin 1990

217 ebd., S. 73 ff.

über Entscheidungsabläufe, Verantwortlichkeiten, Unterstellungsverhältnisse und Informationslinien gemacht haben, die aber vorerst nicht zugänglich sind. Interessante Informationen über innerparteiliche Vorgänge seit 1987 enthält auch Heinrich Bortfeldts Untersuchung „Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?“ (1992[218]) in den Anfangskapiteln; der größte Teil des Buches gilt dem Weg von der SED zur PDS von 1989 bis 1991. Bortfeldt konnte sich u. a. auf Angaben ehemaliger Mitglieder des Politbüros und des ZK sowie auf Materialien des Politbüros, der ZPKK und der ZRK sowie einer (ungenannten) SED-Kreisleitung stützen.

Hintergrundinformationen über die Beziehungen der SED-Spitze zur sowjetischen Führung in der Zeit von 1985 bis zum Oktober 1989 bringen 21 Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv in der Dokumentation von Daniel Küchenmeister „Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche“ (1993[219]); bei der Beschaffung sind Zeitzeugen, darunter der ehemalige DDR-Botschafter in Moskau, Egon Winkelmann, behilflich gewesen. Leider nicht überprüfbar sind die Angaben über Vorgänge in der Parteiführung in den Interviews mit drei anonymen nachrangigen Funktionären in dem Buch von Werner-Klaus Walter „Fragen zum Untergang. Fiktiver Disput über die Geschichte der DDR“ (1991[220]). Der bisher wichtigste dieser Berichte ist zweifellos die 1993 erschienene Schilderung des Alltagsbetriebs im ZK-Gebäude von Manfred Uschner „Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparats“ (1993[221]). Uschner, von 1968 bis Anfang 1989 Mitarbeiter der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen bzw. im Büro von ZK-Sekretär Hermann Axen, sind eine Fülle von Informationen über die Vorgänge im zentralen Parteiapparat und in der Parteispitze zu verdanken, die systematisiert, vertieft und mit Dokumenten untermauert Ausgangspunkt einer Gesamtdarstellung über die SED-Führung und die oberste SED-Bürokratie sein könnten.

Informationen über die Parteimitgliedschaft und ihre Disziplinierung sowie die Tätigkeit der ZPKK und der Bezirksparteikontrollkommissionen finden sich in der 1992 im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme des Kautsky-Bernstein-Kreises entstandenen Broschüre von Monika Nakath „SED und Perestrojka. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den achtziger Jahren“ (1993[222]). Zu erwähnen ist hier schließlich noch die Auseinandersetzung von Carl-Heinz Janson, zeitweilig Leiter der ZK-Abteilung Sozialistische

218 Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlungen zur Demokratie? Bonn – Berlin 1992

219 Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993

220 Werner-Klaus Walter: Fragen zum Untergang. Fiktiver Disput über die Geschichte der DDR, Berlin 1991

221 siehe Anmerkung 127

222 Monika Nakath: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den achtziger Jahren. Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 9, Berlin 1993; hierzu siehe auch Heinrich Bortfeldt: Die SED ihr eigener Totengräber? In: Deutschland Archiv, Nr. 7/1991, S. 733 ff.

Wirtschaftsführung, mit ZK-Sekretär Mittag „Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte“ (1991[223]), in der u. a. in Bruchstücken über die Arbeitsweise des ZK-Apparates, Arbeitsordnungen und Zuständigkeiten berichtet wird. Die Fixierung des Autors auf Mittag als Hauptschuldigen an der Kommandowirtschaft der DDR und ihren Folgen sowie mancherelei Oberflächlichkeiten beeinträchtigen jedoch den Wert des Buches als seriöse Quelle.

Viele der in den letzten Jahren veröffentlichten Bücher von Zeitzeugen aus der Partei- und Staatsspitze sind wenig mehr als Versuche zur Rechtfertigung des eigenen Verhaltens und der Abschiebung der Verantwortung auf andere. Dies gilt für die Bücher bzw. vergleichbare Verlautbarungen Honeckers und seines Nachfolgers Krenz, von Mittag und des letzten Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach[224], auf die im einzelnen hier nicht eingegangen wird. Den Eindruck einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle vermitteln Günter Schabowskis Berichte „Das Politbüro. Ende eines Mythos“ (1990[225]), entstanden aus einer Befragung durch zwei Journalisten im September 1990, und seine von ihm selbst verfaßte umfangreiche Darstellung über das Ende der SED-Herrschaft „Der Absturz“ (1990[226]). Die in diesen Büchern verstreuten Informationen über die Parteiführung könnten durch genaue Befragung des Autors und Vertiefung ebenfalls Ausgangspunkt einer systematischen wissenschaftlichen Gesamtdarstellung über die Partei- und Staatsführung sein. Dasselbe gilt auch für einige Interviews mit ehemaligen hohen Partei- und Staatsfunktionären in dem von Brigitte Zimmermann und Hans-Dieter Schütt herausgegebenen Sammelband „ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus“ (1992[227]). Dies zeigt sich insbesondere beim ehemaligen Chef der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer, der auch in Zusammenarbeit mit Hans-Hermann Hertle interessante Details über die Wirtschaftspolitik der SED und seine Konflikte mit Mittag und Honecker berichtet hat.[228]

223 Carl-Heinz Janson: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991

224 Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin – Weimar 1990; Erich Honecker: Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992; Erich Krenz: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution. Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen, Wien 1990; Günter Mittag: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweiter Systeme, Berlin – Weimar 1991; Manfred Gerlach: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991

225 Günter Schabowski: Das Politbüro. Ende eines Mythos, Reinbek 1990

226 Günter Schabowski: Der Absturz, Berlin 1990

227 Brigitte Zimmermann/Hans-Dieter Schütt: ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992

228 Hans-Hermann Hertle: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv, Nr. 2/1992, S. 127 ff. Siehe auch Gespräch mit Gerhard Schürer (H.-H. Hertle), ebd., S. 132 ff., und Fernsehgespräch mit Gerhard Schürer (Fritz Schenk), ebd., S. 143 ff.; Hans-Hermann Hertle: Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, Nr. 10/1992, S. 1019 ff.; „Das reale Bild war eben katastrophal.“ Gespräch mit Gerhard Schürer, ebd., S. 1031 ff.

Wichtige in der neueren Literatur offengebliebene Fragen werden in laufenden Forschungsprojekten untersucht, von denen einige hier verzeichnet werden sollen.

Mit der Arbeitsweise des zentralen Parteiapparats, allerdings nur für die Zeit bis 1961, befassen sich Stefan Donth, Universität Leipzig („Die Arbeitsweise des ZK-Apparates und sein Einfluß auf die Innenpolitik von SBZ und DDR", 1945–1961[229]) sowie Manfred Wilke u. a., Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin („Die Parteiführung der SED und ihr zentraler Apparat. Zur Struktur, Funktion und Entwicklung der politischen Machtzentrale in der SBZ/DDR in den Jahren von 1945 bis 1955 und vergleichsweise 1961"[230]). Der gesamte Zeitraum der Existenz der SED wird erfaßt in dem Projekt von Detlef Eckert, Verein „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V., Berlin („Zur Struktur des Parteiapparates der SED. Herausbildung, Veränderung, Zusammensetzung", 1946–1989[231]). Das Bundesarchiv Koblenz plant die Edition der Protokolle des ZK, des Politbüros und des ZK-Sekretariats für die Zeit von 1945 bis 1990.[232] Um die Parteispitze geht es in der von Gerd-Rüdiger Stephan und Daniel Küchenmeister, Technische Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, unternommenen Untersuchung über „Reform- und Korrekturbestrebungen der etablierten politischen Kräfte in der DDR am Ende der achtziger Jahre" (1985–1990)[233], für die auch ehemalige hohe SED-Funktionäre als Auskunftspersonen zur Verfügung standen.[234] Mehr oder weniger das Thema Kaderpolitik erfassen Projekte von Gerd Dietrich, Humboldt-Universität Berlin („Eliten und Elitenrekrutierung in der DDR", 1950–1989[235]) und Peter Köppen, Universität Rostock („Motivation, Denk- und Verhaltensweisen von Angehörigen der ehemaligen politischen Klasse der DDR im regionalen Raum", 1945–1989[236]). Seit mehreren Jahren untersucht Jörg Valtin, Stadtarchiv Jena, die Tätigkeit einer Universitäts-Parteileitung („Die Rolle der Universitäts-Parteileitung der SED an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena" 1946–1990[237]). Die Lenkung eines wesentlichen Wissenschaftsbereich, der Gesellschaftswissenschaften, durch die SED ist Thema eines Projekts unter Leitung von Gert-Joachim

229 Thomas Heimann/Ralf Eicher/Stefan Wortmann: Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, hrsg. von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Bonn 1994, Ziff. 067

230 ebd., Ziff. 087

231 ebd., Ziff. 108

232 ebd., Ziff. 076

233 ebd., Ziff. 036

234 vgl. Gerd-Rüdiger Stephan: Die letzten Tagungen des Zentralkomitees der SED 1989/89. Abläufe und Hintergründe, in: Deutschland Archiv, Nr. 3/1993, S. 296 ff.

235 Heimann (Anm. 229), Ziff. 008

236 ebd., Ziff. 031

237 ebd., Ziff. 092

Glaeßner, Humboldt-Universität Berlin („Wissenschaftspolitik der SED – Anleitung und Steuerung der Gesellschaftswissenschaften", 1955–1989[238]). Die SED und ihre Hierarchie dürften eine wichtige Rolle spielen in der von E. V. Heyen, Universität Greifswald, geplanten „Verwaltungsgeschichte der DDR und anderer kommunistischer Staaten Europas", 1945–1990[239].

Literaturverzeichnis

Abgeordnetengruppe PDS/LL des Bundestages/Fraktion LL/PDS im Sächsischen Landtag (Hrsg.): Dichtung und Wahrheit über die Einsatzleitungen, o. O. 1993

Alt, Helmut: Die Stellung des Zentralkomitees der SED im politischen System der DDR, Köln 1987

Andert, Reinhard/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör, Berlin – Weimar 1990

Bahrmann, Hannes/Peter-Michael Fritsch: Sumpf. Privilegien – Amtsmißbrauch – Schiebergeschäfte –, Berlin 1991

Behrend, Manfred/Helmut Meier: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS, Berlin 1991

Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. August 1994; in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 42, vom 30.8.1974, S. 389 ff.

Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees über die Arbeit mit den Kadern vom 7. Juni 1977, in: Neuer Weg, Nr. 13/1977, Beilage, S. 597 ff.

Bock, Helmut: Partei – Staat – bürokratische Kaste, in: Keller, Dietmar/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): ANsichten zur Geschichte der DDR, Bd. 3, Bonn – Berlin 1993, S. 71 ff.; Bern 1993; Potsdam 1992

Bortfeldt, Heinrich: Die SED ihr eigener Totengräber? In: Deutschland Archiv, Nr. 7/1991, S. 733 ff.

Ders.: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn – Berlin 1992

Bräuer, Anneliese/Horst Conrad: Kaderpolitik der SED – fester Bestandteil der Leitungstätigkeit (Reihe „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1989

Bräunig, Klaus: Konzentrierter Einsatz des Kreisreferentenkollektivs, in: Mündliche Agitation (Reihe „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1984

Brunner, Georg: Kontrolle in Deutschland. Eine Untersuchung zur Verfassungsordnung in beiden Teilen Deutschlands, Köln 1972

Ders.: Staatsapparat und Parteiherrschaft in der SED. Expertise für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 1993

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, 11. Aufl., Bonn 1969

Erfolgreicher Weg der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Zahlen und Fakten (Informationsmaterial zum XI. Parteitag der SED), Berlin (Ost) 1986

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR Handbuch, 3. Aufl., Köln 1985

Crome, Erhard: Die SED. Umrisse eines Forschungsproblems, in: Deutschland Archiv, Nr. 12/1992, S. 1288 ff.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 7. Wahlperiode, Berlin (Ost) 1987

238 ebd., Ziff. 106
239 ebd., Ziff. 641

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XV, Berlin (Ost) 1978
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XVI, Berlin (Ost) 1980
Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“: Die Machthierarchie der SED. 25. u. 26. Sitzung am 26./27.1.1993 in Berlin, Protokoll Nr. 25 u. 26, Bonn 1993
Förtsch, Eckart/Rüdiger Mann: Die SED, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1969
Forster, Thomas M.: Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, 6. Aufl., Köln 1983
Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung – Strukturen – Aktionsfelder –, Köln 1982
Ders.: MfS intern. Macht – Strukturen – Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die SED von A bis Z (Reihe: „Die DDR. Realitäten – Argumente“), Bonn 1982
Gerlach, Manfred: Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991
Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik der SED in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977
Großer, G:/H. Anders/H. Kölsch (Hrsg.): Wissenschaftlicher Kommunismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, 9. Aufl., Berlin (Ost) 1985
Hauschild, Christoph: Die örtliche Verwaltung im Staats- und Verwaltungssystem der DDR auf dem Wege in den gesamtdeutschen Bundesstaat. Eine vergleichende Untersuchung, Baden-Baden 1991
Heimann, Thomas/Ralf Eicher/Stefan Wortmann: Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereichs DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, hrsg. von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bonn 1994
Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994
Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv Nr. 2/1992, S. 127 ff.
Ders.: Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv Nr. 10/1992, S. 1019 ff.
Hoffmann, Günther u. a.: Handbuch für den Bürgermeister, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1984
Honecker, Erich: Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992
Instruktion für die leitenden Parteiorgane (Politorgane) und für die Parteiorganisationen der SED in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik – Parteiinstruktion, Berlin (Ost) 1976
Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991
Kaiser, Monika: Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 1993
Kaplan, Karel: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei I. Der Generalsekretär. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983
Kaplan, Karel: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei II. Das Politbüro (ZK-Präsidium). Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1983
Kaplan, Karel: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei III. Das ZK-Sekretariat. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1984
Kaplan, Karel: Anatomie einer regierenden kommunistischen Partei IV. Apparate und Apparatschiks. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1985

Keller, Dietmar/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): ANsichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1 u. 2, Bonn – Berlin 1993; Bd. 3, Bonn – Berlin 1994
Kirschey, Peter: Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft, Berlin 1990
Kleines Politisches Wörterbuch. Neuausgabe 1988, 7. vollständig überarbeitete Aufl., Berlin (Ost) 1988
Knabe, Hubertus: Die geheimen Lager der Stasi, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 4/93 vom 22.1.1993, S. 23 ff.
König, Klaus (Hrsg.): Verwaltungsstrukturen der DDR, Baden-Baden 1991
Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution. Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen, Wien 1990
Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993
Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991
Ludz, Peter Christian: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. Aufl., Köln – Opladen 1968
Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992
Meyer, Gerd: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Stuttgart 1991
Mirtschin, Heinz u. a.: Zur Arbeitsweise der Grundorganisationen der SED und ihrer Leitungen (Reihe: „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1985
Mittag, Günter: Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin – Weimar 1991
Nakath, Monika: SED und Perestroika. Reflexion osteuropäischer Reformversuche in den 80er Jahren, Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 9, Berlin 1993
Neugebauer, Gero: Partei- und Staatsapparat in der DDR, Opladen 1978
Ders.: Politische und rechtliche Grundlagen der Tätigkeit von Funktionären der regionalen und lokalen Ebenen. Vortrag in der 26. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" am 27.1.1993 zum Thema „Die Machthierarchie der SED" in Berlin, Protokoll Nr. 26, Bonn 1993
Prieß, Lutz: Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick. Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 1993
Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (22.5.1976), in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XVI, Berlin (Ost) 1980, S. 30 ff.
Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1976
Przybylski, Peter: Tatort Politbüro (1). Die Akte Honecker, Berlin 1991
Ders.: Tatort Politbüro (2). Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992
Richert, Ernst: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 2. erweiterte und überarbeitete Aufl., Köln – Opladen 1963
Richter, Heinz/Werner Wend: Das Parteistatut im Leben der Grundorganisation (Reihe: „Der Parteiarbeiter"), Berlin (Ost) 1977
Schabowski, Günter: Das Politbüro. Ende eines Mythos. Reinbek 1990
Ders.: Der Absturz. Berlin 1990
Schneider, Eberhard: Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994
Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (22.5.1976), in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XVI, Berlin (Ost) 1980, S. 82 ff.
Stephan, Gerd-Rüdiger: Die letzten Tagungen des Zentralkomitees der SED 1988/89. Abläufe und Hintergründe, in: Deutschland Archiv Nr. 3/1993, S. 296 ff.
Ders. (Hrsg.): Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR, Berlin 1994
Untersuchungsausschuß der Stadt Greifswald, Arbeitsgruppe Staatssicherheit: Abschlußbericht der

Arbeitsgruppe Staatssicherheit des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald, Greifswald 1990

Uschner, Manfred: Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993

Wahlordnung des Zentralkomitees für die Wahlen der leitenden Parteiorgane, für die Wahlen der Delegierten zu den Delegiertenkonferenzen, Parteikonferenzen und Parteitagen vom 3. Oktober 1975, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. XV, Berlin (Ost) 1978, S. 334 ff.

Walter, Werner-Klaus: Fragen zum Untergang. Fiktiver Disput über die Geschichte der DDR, Berlin 1991

Zimmermann, Brigitte/Hans-Dieter Schütt: ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992

Zusammenfassung

Die Existenz eines zuverlässigen Funktionärscorps war eine der wichtigsten Grundlagen der Machtausübung und -erhaltung der SED-Führung. Die Machthierarchie als Rangordnung unter den Funktionären und als Beziehungssystem zwischen Partei, Staat und Gesellschaft funktionierte in der DDR zufriedenstellend vom Beginn der Nachkriegszeit bis gegen Ende der achtziger Jahre und versagte erst, als Politbüro, ZK-Sekretariat und Generalsekretär ihre Aufgaben als zentrale Befehlsgeber und Ausgangspunkt politischer Leitlinien nicht mehr erfüllten.

Der Legitimation der Machthierarchie der SED dienten in Programm und Statut der Partei, in der DDR-Verfassung und in zahlreichen rechtlichen und administrativen Regelungen verankerte ideologische Leitsätze, insbesondere über die DDR als „Form der Diktatur des Proletariats“, über die führende Rolle der Partei, den „demokratischen Zentralismus“, die Parteidisziplin und das Fraktionsverbot. Die „Diktatur des Proletariats“ wurde unter dem SED-Regime auf die gesamte Periode des Sozialismus ausgedehnt, ihre Beendigung von unerfüllbaren Voraussetzungen abhängig gemacht. Die These von der führenden Rolle der Partei bildete den Kern des Selbstverständnisses der SED. Dieser Anspruch erstreckte sich auf alle Bereiche von Staat und Gesellschaft und wurde vor allem mit Hilfe der Durchdringung aller dieser Bereiche mit den Strukturen der SED-Organisation durchgesetzt. Den Aufbau und das Funktionieren aller Strukturen in Partei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bestimmte das Struktur- und Leitungsprinzip des „demokratischen Zentralismus“, das auf die Dominanz der Parteiführung bei allen Entscheidungen bis hinein in unwesentliche Details hinauslief und insbesondere die „Personalkompetenz“ der Parteispitze in der Kaderpolitik, das heißt bei der Entscheidung über die Besetzung aller mehr oder weniger bedeutsamen Leitungsfunktionen, beinhaltete. Die Einhaltung der Parteidisziplin galt als wesentliche Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur SED; mit Hilfe dieses Gebots sollten Funktionäre und Mitglieder zur bedingungslosen Ausführung der Weisungen der Parteispitze und der höheren Leitungsorgane angehalten werden. Das Fraktionsverbot

diente der Ausschaltung jeder Möglichkeit zum Aufbau einer innerparteilichen Opposition gegen die Parteiführung.

Die SED war nach einem kombinierten Produktions- und Territorialprinzip in drei große Organisationsebenen gegliedert, innerhalb deren es weitere Unterteilungen oder Zusammenfassungen gab: Grundorganisationen in Betrieben, Behörden, Genossenschaften usw., teilweise untergliedert in Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen; territoriale und funktionale Kreisparteiorganisationen; 15 territoriale und zwei funktionale Bezirksparteiorganisationen. Als wichtigste untere Organisationseinheit galt die Grundorganisation, über die die SED-Führung ihre Herrschaft in Staat und Gesellschaft an der Basis zu realisieren versuchte. Die Sekretariate der Leitungen der Kreis- und Bezirksparteiorganisationen waren in ihren territorialen bzw. funktionalen Zuständigkeitsbereichen die eigentlichen Machtzentren, denen sich die Staats- und Wirtschaftsorgane bei allen wesentlichen Entscheidungen unterzuordnen hatten; herausgehobene Machtträger waren die ersten Sekretäre der Kreis- bzw. Bezirksleitungen.

Obwohl der Parteitag nach dem Statut der SED formal das höchste Organ der Partei sein sollte, war seine Bedeutung in der Praxis gering. Er war eine genau nach den Planungen und Weisungen der Parteispitze ablaufende Propagandaveranstaltung zur Verbreitung der mittelfristigen Konzeptionen und der aktuellen Parteilinie in der Mitgliedschaft und der weiteren Öffentlichkeit. Auch das vom Parteitag gewählte Zentralkomitee (ZK) als höchstes Organ zwischen den Parteitagen war ein nach den Vorgaben der Parteispitze zusammengesetztes Gremium, das in der Praxis die Entscheidungen der Führung lediglich zu bestätigte und als Instrument zur Verkündung und Durchsetzung dieser Entscheidungen diente. Das eigentliche Machtzentrum in der SED und in der DDR insgesamt stellte die aus dem Politbüro, dem ZK-Sekretariat und dem Generalsekretär bestehende Parteiführung dar, die das ZK nach jedem Parteitag stets nach den kaderpolitischen Weisungen der Parteiführung der vorangegangenen Wahlperiode „wählte“. Politbüro und ZK-Sekretariat konnten Entscheidungen jeder Art an sich ziehen und unterlagen keinerlei Kontrolle durch andere Gremien. Die Zuständigkeiten beider Organe lassen sich nicht eindeutig voneinander abgrenzen. Das Politbüro befaßte sich vorwiegend mit Grundfragen der Außen-, Sicherheits-, Innen- und Wirtschaftspolitik, das ZK-Sekretariat leitete den zentralen Parteiapparat, überwachte die Ausführung der Politbürobeschlüsse, war die höchste Instanz der Kaderpolitik und die Spitze der Exekutive in der gesamten Parteiorganisation. Im Laufe der Jahre wurden beide Gremien infolge ihrer Befassung mit einer großen Zahl operativer und weniger bedeutsamer Entscheidungen schwerfällig und weitgehend handlungsunfähig. Der Generalsekretär hatte als Leiter der Sitzungen von Politbüro und ZK-Sekretariat, Chef des zentralen Parteiapparats, seine Zuständigkeit für die Tagesordnungen der Sitzungen von Politbüro und ZK-Sekretariat, sein Recht,

in die Tätigkeit aller Sekretariatsbereiche und ZK-Abteilungen unmittelbar einzugreifen, sowie durch seine Staatsämter als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates eine außerordentliche Machtfülle. Insbesondere auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und in der Wirtschaftspolitik entschied der Generalsekretär häufig ohne Einschaltung des Politbüros, allein in Abstimmung mit dem Minister für Staatssicherheit bzw. mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen ZK-Sekretär. Der zentrale politische und Verwaltungsapparat der SED lenkte im Auftrag der Parteispitze sowohl die Parteiorganisation als auch die zentralen Staatsorgane; er war zu einem großen Teil parallel zu den Regierungsressorts gegliedert.

Ein umfassendes Kontrollsystem sicherte die Umsetzung der Politik der Parteiführung in der Partei, im Staatsapparat und in der Wirtschaft. Während die Parteikontrollkommissionen und die Revisionskommissionen reine Parteikontrollorgane waren, stellte sich die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion als gemeinsame Einrichtung sowohl der Partei als auch des Staatsapparats dar.

Den Kern des Funktionärscorps, das einschließlich der einflußlosen Kleinfunktionäre über eine Million Personen umfaßte, bildeten etwa 300.000 bis 400.000 Funktionäre, die als „Nomenklatur-Kader“ zu verstehen und teilweise mit dem „Parteiaktiv“ identisch waren. Die Aufnahme in den Kreis der Nomenklatur-Kader und die Karriere der Funktionäre regelte ein geheimes System von Nomenklatur-Ordnungen und Nomenklatur-Listen, dessen Einzelheiten erst allmählich aufgedeckt werden. Allerdings hatten höhere Funktionäre in der Praxis gewisse Spielräume, sich ihren Mitarbeiterstab nach eigenen Wünschen zusammenzustellen und dabei mehr oder weniger die Regeln des Nomenklatur-Systems zu unterlaufen.

Ein nahezu unerfüllbarer Pflichtenkatalog und ein System von vor allem unter den ökonomischen Bedingungen der DDR bedeutsamen Privilegien sicherte lange Zeit die Loyalität des Funktionärscorps, zumal der Privilegienverlust infolge von Insubordination in der Regel den sozialen Abstieg an den Rand der Gesellschaft für den Betroffenen und seine Familie zur Folge hatte. Über Parteiaufträge, Berichtspflichten, regelmäßige Mitgliederüberprüfungen usw. wurden die Funktionäre zusätzlich in Abhängigkeit von den höheren Parteigremien und der Zentrale gehalten. Außerdem wurde die Funktionärshierarchie durch eine differenzierte Informationspolitik gestaltet und erhalten.

Die Veröffentlichung von neuen Forschungsergebnissen über das Funktionieren der Machthierarchie der SED in der seit dem Untergang des SED-Regimes bis Mitte 1994 publizierten Literatur steht noch am Anfang. Die seit 1990 im Prinzip zugänglichen Archive konnten nicht sofort in vollem Umfang genutzt werden, zahlreiche langfristige Forschungsprojekte sind noch nicht abgeschlossen. Das gilt insbesondere für Themen aus der Endphase des SED-Regimes. Publikationen der DDR-Forschung aus der Zeit vor 1989 sind daher für längere Zeit unverzichtbare Informationsquellen. Wichtige seit 1990

erschienene Veröffentlichungen stützen sich noch weitgehend auf die vorher zugänglichen Quellen und bieten lediglich zusammenfassende Ausblicke auf die Endzeit der SED. Einige inzwischen vorliegende Dokumentationen liefern zum Teil unter Aktualitätsgesichtspunkten ausgewähltes Quellenmaterial, das vorerst noch bruchstückhaft ist. Eine Reihe von Aufsätzen in Sammelbänden und Zeitschriften enthält Hintergrundinformationen aus bestimmten Zeitabschnitten. Zeitzeugenberichte und Memoiren sind in erheblichem Ausmaß von der subjektiven Sicht der berichtenden Politiker geprägt, die darin enthaltenen Informationen entsprechend ausgewählt und dargestellt. Sie könnten allerdings Ausgangspunkt systematischer weitergehender Forschungen sein, wenn es gelingt, solche ehemaligen Funktionäre, die an einer unvoreingenommenen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit interessiert sind (wie z. B. Schabowski, Uschner) zur regelmäßigen Mitwirkung zu gewinnen.